

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 19. Dec. Der deutsch-italienische Handels- und Schiffsvertrag ist auf ein Jahr, bis Ende 1880, der deutsch-schweizerische Handelsvertrag vorläufig auf sechs Monate, bis Ende Juni 1880, verlängert worden. (Wiederholte.)

Berlin, 19. Dec. Die Nachricht, wonach Österreich die deutschen Propositionen abgelehnt und einen Meistbegünstigungsvortrag vorgeschlagen haben soll, wird von bestunterrichteter Seite als unbegründet bezeichnet. (R. Frankf. Pr.)

* Greiz, 19. Dec. Der Landtag hat die Landeshabhaulstetts pro 1880—82 genehmigt. Schon für das Jahr 1880 werden anstatt der bisherigen 12 Einkommen- und 5 Grundsteuertermine nur 11 Einkommensteuertermine und 4%, Grundsteuertermine erhoben werden. Ferner ist festgestellt, daß die Grund- und Einkommensteuertermine um so viel, als Überschüsse von Zöllen und Reichsteuern mehr eingehen, als veranschlagt ist, gleichmäßig weiter ermäßigt werden.

* München, 19. Dec. Abgeordnetenkammer: Der Präsident verliest eine königliche Botschaft, durch welche die Session der Landtage bis zum 31. Jan. I. verlängert wird. Hierauf werden vom Finanzminister vier Gesetzentwürfe vorgelegt betreffend die provisorische Steuererhebung im Jahre 1880, die Behandlung des Gesetzentwurfs über die directen Steuern, die Änderung einiger Bestimmungen bezüglich der Gewerbe- und Kapitalrentensteuer und endlich das Gesetz betreffend den Aufschlag zur Branntweinstuer.

* München, 19. Dec. abends. Der König hat den bisherigen Regierungspräsidenten von Oberbayern, v. Hartmann, zum Regierungspräsidenten von Mittelfranken, den Polizeipräsidenten v. Heilisch zum Regierungspräsidenten von Oberbayern und den Regierungsrath Pechmann zum Polizeidirector von München ernannt.

* Wien, 19. Dec. Die heutigen Morgenblätter äußern sich auf das bestreitbare über die Antwort des Kaisers auf die Ansprache des Delegationspräsidenten. Dieselben erbliden in der vom Throne herab gegebenen Erklärung, daß die Beziehungen zu allen Mächten die freundlichsten, und in der besondern Betonung des innigen Einvernehmens mit Deutschland die sicherste Friedens- und Zukunftsbürgschaft. Ebenso constatiren die Blätter einmuthig den günstigen Eindruck der kaiserlichen Antwort auf die Delegationsmitglieder. Auch die ungarischen Blätter äußern sich im gleichen Sinne. Der Besitz Naplo sagt, die Betonung der innigen Beziehungen zu Deutschland erhebe die Thronrede zu einem politischen Ereigniss.

* Wien, 19. Dec. Die Konferenz der beiden Ausgleichskommissionen, bei welcher Dr. v. Schmerling den Vorsitz führte, beschloß mit allen gegen eine

Stimme, den §. 2 der Wehrgebotvorlage zur Annahme vorzuschlagen.

* Madrid, 18. Dec. abends. Die Kammern werden sich nach der Abstimmung des Senats über das Gesetz betreffend die Abschaffung der Sklaverei vertagen. Auf eine bezügliche Interpellation erklärte der Minister des Innern, den der Minorität angehörigen Parlamentsmitgliedern sei keine Beleidigung zugefügt worden; dieselben hätten besser gehan, wenn sie in das Parlament gekommen wären und dort das Verfahren der Regierung zur Sprache gebracht hätten, als daß sie der Nationalvertretung den Rücken lehnten.

* Paris, 19. Dec. Die Zolltarifcommission hat Millaud an Stelle Melina's zum Berichterstatter für die Seidenindustrie gewählt. Millaud hat sich gegen den Eingangszoll für Seide ausgesprochen, welchen Melina vorgeschlagen hatte.

* London, 19. Dec. Das neuter'sche Bureau meldet aus Kalkutta, der General Gough sei am 17. Dec. von Jagdalak aufgebrochen und habe sich nach Kabul in Marsch gesetzt. Die Verbindung mit dem General Gough sei am 18. Dec. beweiststellt worden; der Widerstand der dort wohnenden Stämme sei kein ernstlicher.

* London, 19. Dec. Der Cabinetsrath wird hente zu einer Erörterung der Situation in Afghanistan zusammengetreten. — Der hiesigen Geographischen Gesellschaft ist die Nachricht zugegangen, daß das schwedische Expeditionsschiff Vega am 16. Dec. in Point-de-Galle wohlbehalten eingetroffen ist.

Rückblick auf Geschichte und Wirksamkeit der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

— Leipzig, 20. Dec. Verläuft man es dem Einzelnen nicht, der irgendetwas der Aufbewahrung Werthes erlebt oder geleistet zu haben meint, wenn er sich selbst der Würde dieser Aufbewahrung unterzieht, so darf wol auch eine Zeitung, die mehr als 40 Jahre lang unter wechselnden Schicksalen ihren Platz in der öffentlichen Tagespresse nicht unlöslich behauptet hat, das gleiche Recht und die gleiche Gunst für sich in Anspruch nehmen.

Verkörperzt doch jede Zeitung in ihrer eigenen Geschichte ein Stück der allgemeinen Tagesgeschichte. Das trifft auch bei der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu, und nicht am wenigsten bei ihr. Als sie am 1. Oct. 1837 unter ihrem damaligen Titel als „Leipziger Allgemeine Zeitung“ ins Leben trat, da schien gerade für Deutschland eine lebendigere Zeit zu beginnen. Wär die im Jahre 1830 wieder erwachte freiheitliche Bewegung war bereits durch die Bundestagbeschlüsse von 1832 und durch die geheimen Wiener Konferenzen von 1834 abermals zurückgestellt und unterdrückt. Allein inzwischen war eine andere Bewegung in Fluss gekommen, nicht direct politischer,

vielmehr zunächst wirtschaftlicher Natur, aber in ihrem Schosse die wichtigsten, auch politischen Folgen bergen. Im Jahre 1834 war der preußisch-deutsche Zollverein ins Leben getreten, der bereits den größten Theil Deutschlands (gegen 8000 Quadratmeilen und gegen 24 Mill. Einwohner) umfaßte, und im selben Jahre war die erste größere Eisenbahn in Deutschland, die von Leipzig nach Dresden, in Angriff genommen worden. Zu diesen beiden hochwichtigen Ereignissen kam dann (gerade im Jahre 1837) auch ein direct politisches, welches die Gemüther mächtig erregte und die Einföderung der Apathie durchbrach, die sich seit 1834 wieder über Deutschland auszubreiten begonnen hatte. Es war das der hannoverische Staatsstreich und die dadurch veranlaßte tapfere That der „Göttinger Sieben“. Für Zollverein und Eisenbahn war Leipzig durch die Verhältnisse selbst ein gegebener Mittelpunkt regstem Interesse; für die Sache der Göttinger Sieben wurde es dies durch den Liberalismus und den lebendigen Rechtsgeist seiner Bürger. In Leipzig bildete sich das Centralcomité für die abgefeuerten Professoren; hier flossen die Sammlungen und die Zustimmungsadressen zusammen, durch welche zahlreiche Männer aller Berufsklassen, ja auch aller Parteien deren männliche That zu ehren und gleichsam sich selbst dazu zu bekennen bereit waren.

So war die Zeit geschaffen und so die allgemeine Stimmung, in welche hinein die Leipziger Allgemeine Zeitung trat. Getragen von solchen Einflüssen, nahm sie äußerlich und innerlich rasch einen lebhaften Aufschwung. Für das nahe Preußen namentlich wurde sie eine Art von Erbzeug für die dort noch schlafende freiere Presse im Innern. Auch ward nichts gespart, um der Zeitung die Gestalt und Bedeutung eines Blattes im großen Stil zu geben. Der ältere der beiden damaligen Chefs der Firma F. A. Brockhaus, Friedrich Brockhaus, machte die Förderung derselben zu seiner besondern Aufgabe. Die politische Leitung hatten in den ersten Jahren theils nach-, theils nebeneinander W. A. Lindau, Günther, Thoschedy, Dr. Frank, Dr. Julius. Schon bald nach Bekanntmachung der Zeitung, 1838, trat L. Pedretti in die Redaktion ein, der er noch gegenwärtig angehört.

Fünf Jahre lang versorgte die Leipziger Allgemeine Zeitung ungehemmt und rüdig die von ihr eingeflossene Bahn freimüthiger Kritik der Zustände Deutschlands und speciell Preußens. Da traf sie im Jahre 1842 jener Rückschlag, der in Preußen schon bald nach dem Thronwechsel die durch letztern hochgespannten Hoffnungen wieder niederschlug. Wegen Veröffentlichung des bekannten Herwegh'schen Briefes an den König Friedrich Wilhelm IV. wurde sie nicht nur für ganz Preußen verboten, sondern es ward ihr auch — eine unerhörte Maßregel! — der Durchgang durch Preußen mittels der preußischen Post versperrt und so das ganze Absatzfeld jenseit der preußischen Grenze verschlossen.

Die Befestigung und Vertheidigung der deutsch-französischen Grenze.

(Schluß aus Nr. 297.)

Die Art, wie Deutschland sein Gebiet zu vertheidigen gedenkt, ist ersichtlich die einer activen Defensive. Für diese Annahme sprechen namentlich Ort und System der künstlichen Widerstandsmittel. Die Widerstandskraft ist auf einzelne wenige Punkte konzentriert und soll sich nicht auf örtliche Behauptung bechränken, sondern den Gegner weit ausgreifend zwingen, sie aufzusuchen. Man hat hierbei in gewissem Sinne den in der Kriegsgeschichte Preußens traditionell überkommenen Grundzog festgehalten, daß der beste Schutz des Landes, seiner Festungen, Eisenbahnen, Hauptstraßen &c. eine kräftige strategische Offensiv und daß die Landesverteidigung unter festem Zusammenspalten aller Kräfte immer am zweckentsprechendsten offensiv zu führen ist.

Der französische Landesverteidigungsplan, so wie er aus zahlreichen übereinstimmenden Kündgebungen und Publicationen sich zu ergeben scheint, geht im großen und ganzen nach den Angaben des Autors hier zusammengefaßt darauf hin, daß sich die französischen Heere hinter der ersten, an der oberen Mosel und dem Vogesenkamm angelegten Vertheidigungslinie sammeln und entwirken und von dort, im Fall einer gelungenen Invasion deutschwerts, nicht eine Behauptung und Vertheidigung, der Abschnitte unternehmen sollen, welche eine in der Richtung auf Paris zurückgehende Armee dort vorfindet, sondern vielmehr sich in südwestlicher Richtung auf Langres zurückzuziehen

haben, wo sie in dem an das Plateau von Langres anschließende Gebirgsland ein Terrain finden, welches eine nachhaltige Defensive erlaubt, und wo ihr alle Hüllsquellen der centralen Landesteile Frankreichs zur Verfüllung bleiben. Die Sicherung von Paris und des reichen Voiregebietes würde einer zweiten Armee zusallen, die ihre Aufstellung bei Fontainebleau nähme und von hier aus, wenn die Gefahr drohte, von der Hauptstadt abgedrängt zu werden, in die Befestigungen von Paris einzrukeln, um dieselben aktiv zu vertheidigen, während eine neuformierte Voirearmee gleichzeitig mit den Neuformationen in den nördlichen und in den südlichen Provinzen auf die rückgängigen Verbindungen der deutschen Truppen operirt. Auf diese Weise hofft man Paris vor einer nochmaligen Einnahme bewahren und einem bis dahin unglücklichen Kriege noch im letzten Moment eine glückliche Wendung geben zu können. Von den neuen, bezugswise verstärkten fortificatorischen Stützpunkten der Ostgrenze Frankreichs, die bei einer Vertheidigung derselben in Betracht kommen, bilden Verdun-Toul-Epinal die vordere Linie. Der Raum zwischen den beiden erstern wird theils durch die Ardennen, theils durch die Forts bei Saint-Mihiel und Commercy gesichert, welche besonders wegen der Höhe, die hier bei dem Uebergange der Vertheidigungslinie von der Maas zur Mosel durch den Mangel eines bestimmten natürlichen Hindernisses entsteht, angelegt worden sind. Eine zwischen Toul und Epinal vorhandene Lücke von 35 Kilometer soll direkt vertheidigt werden. Epinal, in vorspringender Lage, bildet eine Blankenstellung zu der Front Verdun-Toul; die vier südwärts von ihm angelegten

starken Forts (auf dem linken Rande des Moselthales) gegenüber der aus dem Elsass kommenden Vogesenstraße, sollen verhindern, daß der Concentrationstrajon der französischen Ostarmee, hinter den Vogesen, in der rechten Flanke, umgangen werde. Belfort deckt die aus dem oberen Elsass nach Frankreich führende Straße; um zu hindern, daß es über Montbéliard umgangen wird, hat man noch weiter südlich jetzt Sperrbefestigungen erbaut und dieselben bis zur Schweizer Grenze geführt. Den Zugang zu dem Doubs- und Saônethal verschließt das mit starken Außenwerken versehene Besançon. Die andern BefestigungsWerke östlich und südöstlich von Paris sind bis jetzt nur in geringem Umfange ernstlich verfolgt worden. Die Entwürfe sowohl als die wirklich in Angriff genommenen Objecte weisen aber übereinstimmend darauf hin, daß man in den maßgebenden militärischen Kreisen Frankreichs die Côte-d'Or als das natürliche Kernwerk für eine Landesverteidigung mit der Front gegen Osten ansieht.

Zum Schlusse wird noch kurz der Anlagen gedacht, die bei Langres, Dijon, Chagny theils vollendet worden, theils projectiert sind, und ein resumirender Überblick über die Befestigungen gegeben, die zur Vertheidigung von Paris ausgeführt worden sind.

Eins der grosartigsten und interessantesten Brüderwerke, die der deutsche Buchhandel in neuerer Zeit hervorgebracht: „Ägypten in Bild und Wort“ von Georg Ebers (Verlag von Eduard Hallberger in Stuttgart), ist jetzt zur Vollendung gediehen. Die Schlusslieferungen 39—42 bringen Ägypten mit seinem reichen Vegetations-, Landschafts- und Volksleben und die großerartige Ruinenwelt von Philae. Der Reichtum an Bildern, der uns Ägypten ebenso wie

Damit war ihr Fortbestand so gut wie unmöglich gemacht. Seit 1840 war Preußen, aus langem Schlummer erwacht, in ebendem Maße der Brennpunkt des politischen Interesses für ganz Deutschland geworden, wie es zuvor lange das Gegenteil gewesen. Ein Tagesblatt, das in Preußen nicht circulieren durfte, das daher von preußischen Schriftstellern nicht gesucht und gefordert wurde, entbehrt der natürlichen Grundlagen seiner Wirksamkeit und damit seiner Existenz.

Durch einen Wechsel im Titel und in der Redaktion gelang es der Zeitung, den Eintritt nach Preußen sich wieder zu erschließen. Seit 1. Jan. 1843 erschien sie als „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und Professor Bülow übernahm deren Leitung. Diese Wandlung konnte natürlich auf ihre Haltung nicht ohne Einfluss bleiben. Sie war gleichsam aus ihrem Gleise herausgeworfen und konnte erst nach und nach wieder einen festen Fuß gewinnen. Ohnehin kamen mit dem Jahre 1848 Verhältnisse und Fragen an die Reihe, welche die politischen Stellungen der Tagesblätter wesentlich verschoben.

Erst mit dem Jahre 1850, mit dem vollständigen Siege der Reaction über die liberalen und die nationalen Ideen, gelangte die Deutsche Allgemeine Zeitung in ein festes Fahrwasser, das sie seitdem nie wieder verlassen hat. Man wird es ihr als Verdienst anschlagen dürfen, daß sie gerade damals, trotz des Damokleschwertes, das nach dem Deutschen Staatsstreich von 1850 über der liberalen Presse Sachsen ging, sowohl gegen die illiberalen Wirkungen dieses Staatsstreichs im Innern als gegen dessen Consequenzen für die deutsche Politik der Regierung manhaft Front gemacht.

Der nach dem Austritt seines ältern Bruders aus der Firma alleinige Chef der Verlagsbuchhandlung, Heinrich Brockhaus, gehörte zu jenen wenigen streng verfassungstreuen Mitgliedern der 1848 gesetzlich aufgehobenen Ständeversammlung, welche bei Wiedereinberufung der letztern im Jahre 1850 nach Auflösung der gesetzlichen Landesvertretung sich in ihrem Gewissen verhindert erklärten, diesem Rufe Folge zu leisten, und mit Stolz trug er bis an sein Ende den Namen eines „Renitenten“, der diesen streng Verfassungstreuen von ihren Gegnern beigelegt wurde.

In ebendiesem Geiste eines unerschrockenen und überzeugungstreuen, aber auch besonnenen Liberalismus, zugleich in gut deutsch-nationaler Sinne, ward von jetzt an die Deutsche Allgemeine Zeitung consequent geführt, längere Zeit unter der unmittelbaren Leitung von Heinrich Brockhaus, dann unter der des ältern der beiden als Mitherr in die Firma eingetretenen Söhne desselben, Dr. Eduard Brockhaus.

Im Jahre 1863 ward von ihnen der noch jetzt als verantwortlicher Redakteur des Blattes fungirende Professor Dr. Karl Biedermann an die Spitze der Deutschen Allgemeinen Zeitung berufen. Er hatte schon seit 1850 auf Wunsch von Heinrich Brockhaus regelmäßig die politischen Leitartikel für die Deutsche Allgemeine Zeitung verfaßt und so derselben einen sich gleichbleibenden Charakter aufgeprägt.

Es sind daher gerade 30 Jahre, ein volles Menschenalter, vergangen, seitdem die Deutsche Allgemeine Zeitung dieselbe liberale und nationale Richtung verfolgt. Wenn ein uns sonst befreundetes Blatt, die Weser-Zeitung, in einer Correspondenz aus Leipzig, welche diese liberale und nationale Haltung der Deutschen Allgemeinen Zeitung hervorhebt, die Bezeichnung

„liberal“ mit Fragezeichen versah, also den Liberalismus der Deutschen Allgemeinen Zeitung anzuzweifeln schien, so möchten wir sie doch auffordern, uns einen einzigen liberalen Grundsatz zu nennen, den wir verleugnet, oder eine einzige illibrale Maßregel, die wir gut geheißen hätten.

Es war zum Theil eine schwere Zeit, welche die Deutsche Allgemeine Zeitung mit jener von ihr consequent festgehaltenen Richtung zu bestehen hatte: erst die Deutsche Kura mit ihrem rücksichtslosen Druck auf die öffentliche Meinung und die Tagespresse; dann die Katastrophe von 1866, wo es galt, die rechte Grenzlinie einzuhalten zwischen den Pflichten gegen das engere und denen gegen das weitere Vaterland. Wir sind uns bewußt, diese Grenze stets eingehalten zu haben. Was auch in jener Zeit leidenschaftlicher Erregung, wo manchen schon die Liebe zu einem starken Deutschen Reiche als „Verrat am sächsischen Vaterlande“ galt, in solcher Beziehung über und gegen uns gesagt worden ist: wir dürfen mit bestem Gewissen behaupten, daß wir dem Reiche und der Einheit zwar nie weniger, aber auch nie mehr gegeben haben, als für das Ganze nothwendig und für den Einzelstaat selbst in seinem rechtverstandenen Interesse heilsam war.

In Bezug hierauf und auf die ganze politische Haltung des Blattes — überhaupt und in jener schwierigsten Zeit — ist, und wir legen darauf ein ganz besonderes Gewicht, zwischen dem Redakteur und den Verlegern der Deutschen Allgemeinen Zeitung niemals auch nur die leiseste Meinungsverschiedenheit zu Tage getreten.

Und ebenso hegen wir die feste Ueberzeugung und sprechen es mit voller Zuversicht aus, daß die entschieden liberale und nationale, aber zugleich besonnene und von einseitigem Doctrinismus sich fern haltende Politik der Deutschen Allgemeinen Zeitung in den Reihen unserer Leser innerhalb und außerhalb Sachsen sich überwiegender Zustimmung und Billigung erfreuen gehabt hat. Bei der verbängnisvollen Krise, die seit dem Jahre 1878 die national-liberale Fraktion im Reichstage spaltete, hat die Deutsche Allgemeine Zeitung sich vom Anfang an fest und ohne Wanken auf die Seite des sogenannten rechten Flügels der Partei gestellt. Wir sind überzeugt, daß sie auch damit die Meinung des größten und möglichen Theils der Gesinnungsgenossen in Sachsen wie außerhalb Sachsen getroffen hat, und wir könnten dafür, wenn nötig, eine Reihe sehr positiver Beweise anführen.

Aber ist nicht das gezwungene Aufhören der Deutschen Allgemeinen Zeitung ein Beweis gegen die Richtigkeit der von ihr eingeschlagenen Politik? Wir wagen zu sagen: nein! Nicht Unzufriedenheit mit der politischen Haltung des Blattes ist es, was diese Sachlage herbeigeführt hat. Vielmehr ist letzter entsprungen aus einer Reihe äußerer Umstände, welche näher zu erörtern in diesem Moment nutzlos sein würde. Nur auf Einen Umstand sei hingewiesen, weil er, wosfern er nicht bestätigt wird, der geheimlichen Entwicklung einer politischen Tagespresse in Sachsen im großen Stile, wie sie fast alle andern deutschen Länder besitzen, immer und überall im Wege stehen wird; wir meinen die mahllose Berßplitterung der Zeitungspresse hierzulande in wol hundert oder mehr größere und kleinere Localblätter. Die Folgen dieser Berßplitterung und des überwuchernden Localgeistes zeigen sich darin, daß, abgesehen die beiden offiziellen Blätter, die auf ganz

anderen Grundlagen führen, in Sachsen überhaupt keinerlei größere politische Zeitung bisher sich halten konnte. Weder conservative noch fortschrittliche Parteiblätter haben ein anderes als ein ganz kurzes Leben geführt, und auch das nur durch namhafte directe Opfer wohlhabender Parteigenossen. Es beweist immerhin schon eine unglaubliche Lebensfähigkeit der Deutschen Allgemeinen Zeitung, wenn letztere ohne solche directe Beihilfe, die sie nie begeht hat und nie angenommen haben würde, ja auch ohne eine kräftige moralische Unterstüzung seitens der Gesinnungsgenossen, die sie allerdings erwarten durfte und schmerzlich vermißt hat, dennoch so lange den ungleichen Kampf mit so erschwerenden äußeren Verhältnissen zu bestehen vermochte.

Wären unsere national-liberalen Freunde und die im großen und ganzen ihnen Gleichgesinnten mit der Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung unzufrieden gewesen, dann hätten alle diese sehr unrecht gehandelt, wenn sie nicht ihre abweichenden Ansichten und ihre Wünsche betreffs einer andern Haltung des Blattes der Redaction dieses letztern offiziell oder privatim kundgegeben und eine Auseinandersetzung darüber mit ihr wenigstens versucht hätten. Das aber ist niemals geschehen! Vielmehr ward auf wiederholte Anfragen seitens der Redaction an verschiedenen competenten Stellen: ob etwas in der politischen Führung der Zeitung der Grund jener bedauerlichen Indolenz sei, dies jedesmal auf das entschiedenste und eifrigste verneint; freilich aber geschah auch nicht das Geringste, um diese theoretische Anerkennung, die man der Haltung unserer Zeitung zollte, in irgendwie wirksamer Weise praktisch zu bekräftigen! Fast sollte man meinen, die National-Liberalen Sachsen (und ebenso die Freiconservativen) legten überhaupt auf den Besitz eines großen Sachsen wie auch nach außen in der allgemeinen deutschen Tagespresse vollständig repräsentierenden Blattes gar keinen Werth. Das läme dann freilich einer Berücksichtigung auf die Bedeutung einer politischen Partei nahezu gleich.

Ein großes süddeutsches Blatt, der Schwäbische Merkur, dem es allerdings nach seinen dortigen heimischen Verhältnissen unerklärlich erscheinen mag, wie eine große politische Partei eines ganzen Landes ein Organ, das jederzeit ihre Sache im Innern tapfer vertheidigt und auch nach außen nicht unlördig vertreten hat, sotheimnlos könne fallen lassen, hat der Deutschen Allgemeinen Zeitung vor ihrem Eingehen einen Nachruf gewidmet, der uns aufrichtig erfreut hat, weil wir uns bewußt sind, daß jene, was er freudig genug ist als von uns vollbracht zu rühmen, wenigstens jederzeit redlich erstrebt zu haben. Der Schwäbische Merkur schreibt:

Man wird in ganzem national und freimaurig denkenden Deutschland das Eingehen einer Zeitung bedauern, welche mit patriotischer Wärme, mit unermüdlicher Energie, ohne Scheu vor Gegnern jeder Art, und doch stets manvoll auftretend, den Reichsgedanken, vor und nach Errichtung des Reiches, im mittleren Deutschland vertreten und gepflegt hat. Die sächsische Bevölkerung wird es gewiß sehr schämen, daß sie durch mangelhafte Unterstützung das Aufhören dieses durchaus unabhängigen, von hochgebildeten Männern geleiteten Organs verschuldet hat. Der Werth eines solchen Blattes wird erst, wenn es nicht mehr vorhanden ist, recht geschätzt, und besonders in Zeiten des Kampfes, die immer wieder kommen werden, wird man die treue, redliche Stimme der Deutschen Allgemeinen Zeitung schwer vermissen.

Wir können den obigen Rückblick auf die meiste

das Land des Chebros veranschaulicht, ist staunenswert. Das uralte Culturland zeigt sich hier als ein Gebiet unübertroffen an Originalität und geschichtlich Wertvollwürdigem, an zauberhaften Landschafts- und theils wilden, theils seltsamen Holzsäulen, und zwar haben wir hier nicht fabrikmäßiges Illustrationsfüllwerk, sondern Seite für Seite mit sorgfältiger Auswahl des Wichtigsten und Fesselndsten hergestellte künstlerische Leistungen, sämmtlich von hervorragenden, viele von berühmten Meistern ausgeführt und durch den vollkommenen Holzschnitt wiedergegeben. Die Auswahl der Bilder wie auch der Text ist das Werk des Verfassers der berühmten Romane: „Eine ägyptische Königin“, „Narba“, „Homo sum“, „Die Schwestern“, und es gehört die immense Kenntnis, verbunden mit so grohem Dichter- und Formtalent, wie Ebers sie besitzt, dazu, um dieses „Ägypten“ zu schaffen, das den Gelehrten somit wie den Laien, den Unterhaltungsbedürftigen wie den Belehrungssuchenden, den künstlerisch Schönheit Begehrden, sowie den nach Wertvollwürdigem, Seltsem, Eigenartigem Trachten in hohem Grade befriedigt, das in seinem gold- und perlensunkenden Einband unter den wertvollsten Weihnachtsgaben eine hervorragende Stelle beanspruchen darf.

Die von Hallberger's Verlagsbuchhandlung in Stuttgart herausgegebene Prachtausgabe von Schiller's Werken liegt jetzt vollendet vor. Die leichten Lieferungen enthalten den Schluss des „Dreizigjährigen Krieges“ und „Herrzog Alba zu Rudolstadt“, mit Bildern versehen auf jene historisch-grete, gebiegene und geistvolle Art, die an den vorhergegangenen Abschnitten dieses Werkes uns so überraschten durch die Fülle von Culturgechichtlichem, interessanten Porträts und lebensvollen geschichtlichen Szenen, welche eingehendes Studium und die Kunst der Maler uns hier sichtbar vor Augen hingezubert. Mit diesen Lieferungen sind die vier Bände des Prachtwerkes fertig, welche in ihren eleganten und geschmackvollen Einbänden sich besonders zu Hestgeschichten eignen. Überblicken wir jetzt diese Prachtausgabe von den Gedichten an bis zum Schluss, so drängt sich uns der Gedanke auf, daß diese Illustrationen

nicht nur ein künstlerischer Schmuck, eine Verkörperung der Schöpfungen unsers nationalen Dichters sind, sondern auch zugleich die einbrucksvolle Erläuterung zu Schiller's Werken, welche selbst bändereiche Erklärungen nicht so geben können. Das große und doch so bequeme Format der vier Bände, der Druck, die phantastischen Bilder und Verzierungen und die prächtigen Einbände vervollständigen den Eindruck eines Geschickens für das Leben, den diese Werke Schiller's in so hohem Grade besitzen.

Schon im vorigen Jahre empfanden wir als eine der schönsten und würdigsten Gaben literarischen und bildnerischen Inhalts auf die Weihnachtszeit Wohlhabender die „Trümmerreien“ an französischen Kaminen. Märchen von Richard Leander. Zehnte Ausgabe — Prachtausgabe — mit Bildern von Olga v. Halska. In Holzschnitten von R. Brend'amour (Leipzig, Breitkopf u. Härtel). Damals waren uns aber nur die ersten Hefte zu Gesicht gekommen. Jetzt, wo das ganze anmutige Werk in sechs Heften abgeschlossen vor uns liegt, können wir mit besserer Überzeugung jene Empfehlung in verstärktem Maße wiederholen. Was hier in Wort und Bild geboten wird, ist so duftig und reizend, so echt deutsch und poetisch-sinnig, daß jeder für solche Geistesleiste Empfängliche seine herliche Freude daran haben muß. Auch die typographische Ausstattung ist eine höchst edle, stilvolle, sodass das Ganze in jeder Hinsicht und im besten Sinne eine „Prachtausgabe“ beilegen kann.

Die Deutsche Volks-Zeitung in Hannover, Organ der Welfenpartei, enthält folgende welsch gefärbte Anzeige: „Wir finden in einem Schauspieler ganze Reihen von schmucken Kriegern aufgestellt, und, was für uns ein besonders erfreulicher Anblick war, vorwiegend vertreten waren die Uniformen unserer braven hannoverschen Armee. Welche schönen Erinnerungen unserer Künste zogen da beim Auftritt dieser Regimenter an unserer Seele vorüber! Unsere Stolze und bei Langensalza die Preußen — blaue Husaren — niedrigerritten habende Garde-du-Corps; die wadern Prinzen-Husaren, welche vom Exercirplatz aufbrachen, dem Rufe ihres Königlichen Kriegsherrn Folge leisteten!“ Wir wollen

nicht unterlassen, diejenigen unserer Leser, welche ihren Knaben nicht preußische, sondern unseren Tradition getreu althannoversche Bleiholzdaten schenken wollen, auf diese wärmigen Preisen verlaufende Firma ausmerksam zu machen.“

Eine komische Scene wird aus dem ungarischen Oberhause berichtet: „Der Präsident zeigte das Kleid zweier Mitglieder des Oberhauses an und der Schriftführer hatte den darauf bezüglichen Theil des Protocols so falsch, daß Fürst Pálffy und Graf Déssegy aus dem Kreise der oberen Stände in ein bestes Jenseits entschlummert sind. Da erhob sich ein Prälat des Oberhauses und verwahrte sich gegen diese Stelle des Protocols, indem er versicherte, daß die Verstorbenen auch im Jenseits in die oberen Stände kommen. Daher beantragte er die Weglassung der Worte „aus dem Kreise der oberen Stände“. Die Verwahrung des Kirchenfürsten, der doch in solchen Dingen maßgebend sein muß, rief große Heiterkeit hervor und sein Antrag wurde einstimmig angenommen.“

Neben den in ihrem Erscheinen allmählich fortzudenkenden „Gesammelten Schriften“ Heinrich Laube's bringt jetzt die Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber in Leipzig auf einmal in 12 Bänden „Heinrich Laube's dramatische Werke, Volksausgabe“. Die Sammlung enthält fünf Trauerspiele („Groß Ester“, „Struense“, „Montose“, „Monalodesch“ und „Demetrius“), vier Schauspiele („Die Karlschäller“, „Prinz Friedlich“, „Der Stadthalter von Bergalen“, „Die Bühne“), zwei Lustspiele („Rococo“ und „Eato von Eisen“), endlich das Charakterstück „Gothoed und Gellert“. Den Freunden der Laube wird diese billige und doch sehr gut ausgestattete Ausgabe seiner dramatischen Dichtungen gewiß willkommen sein.

Bon der „Culturgeschichte des Südbentums“ von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart von Dr. Otto Henne „Am Rhyn“ (Bern, Cotta'sche) ist die zweite Lieferung erschienen.

vierjährigen wenigen eigenen Interesse mögliche Wirkung und mögliche Sinnung als welche

* Sehr
Abgeordnete
gebracht:
1) Welt
über den
Standes erg
Staatsrecht
2) Beabsicht
habe des
Mittel

powksi-B
Dr. Miqu
reichen D
Abg.
diese Inte
für die
frage soll
nahmen d
theil habe
die Beide
amtliche
viel zur E
teil habe
die Ueber
misse. D
es für e
Mittel zu
Finan
Ich lat
pellant üb
sätzlich beg
in den se
freien St
standes St
Monaten l
samkeit en
zügig, mi
mich bemi
zu geben.

Die v
den südli
russische
nächst die
diesen vier
unbedenkli
aufgetreten
97 Duobr
völkerung.
Unter die
möglich d
(Bewegun
bevölkerun
Kreise Gle
jörgfältig
fürchten i
anlässlich f
führte fern
über Man
ist, da die
und die W
wirken.

Die g
werden i
widrig be
Grenzen d
angt. Eintritt d
und verste
aber müsst
gen Arbeit
guten Jahr
gen Anspr
lohn leben.
Eine mitt
intensiven
Jahre mit
mäßigt ge
jezt bei v
fehlt nebe
fähigkeit n
lamität, g
gebrochen
tung leid
fast unger
wegung.)
gern, zur
Dause the
sie kennt
sie von ei
ist, wenn
mengebräu
Jahren ei
sich sehr si
tivirt. Mittelb
und Plei
schweren B

unter keinen kostet konnte. Parteiblätter werden geführt, Opfer wohlwollend hin schon ausführlichen Allgemeinen Beiträgen genommen moralische en, die sie erneut hat, so erschwertemocite.

Die und die mit der Anwendung unzureichend gezeichneten und des Blattes ist privat am über mit ist niemals die Anfragen kompetenten Ablauf der Landespolizei sei, erkringste ver Geringste, in der Halbwirkamer an meinen, so die Freiheit eines einen deutlichen Blattes teillich einer politischen

Schwäbische vorigen heim mag, wie Landes ein tapfer ver- rig vertreten der Deut- zeichen einen ent- freut hat, er freundlich zu, wenig- Der Schwä-

ig denkenden zuern, welche Energie, ohne naßvoll auf- richtung des und gepflegt s selbst noch das Aus- schgebildeten Der Werh etzt mehr vor- Zeiten des wird man die nen Zeitung.

ie mehr als ungarischen as Kleider Schrift- protokolle so z aus dem enseits ent- des Ober- des Prosto- en, auch im daher beant- Kreise der stützen, der rief große unig ange-

oxtrüden- angt jetzt die if einmal in- if etwas Werke, luf Trauer- "Monal- Die Karls- von Ber- cochen" und Gottschö- Mose wird gabe seiner- benthum- Dr. Otto die zweite

vierzigjährige Wirksamkeit unseres Blattes, die nun in wenigen Tagen beendet ist, nur mit dem gewiss un-eigenlichen, aber wahrhaftig aufrichtigen Wunsche im Interesse der Sache, die wir vertreten haben, schließen: möge es einem andern Blatte gelingen, diese unsere Wirksamkeit mit besserm äußern Erfolge fortzuführen, und möge ein solches Bestreben von Seiten der Ge-sinnungsgenossen eine thakräftigere Förderung erfahren, als welcher wir uns zu erfreuen gehabt haben!

Bom preußischen Landtage.

* Berlin, 19. Dec. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde folgende Interpellation eingebracht:

1) Welche Resultate haben die amtlichen Ermittlungen über den Umfang des in Oberschlesien eingetretenen Nothstandes ergeben? 2) Welche Maßregeln hat die königliche Staatsregierung getroffen, um dem Nothstande zu begegnen? 3) Beabsichtigt die königliche Staatsregierung eventuell mit einer Forderung an die Landesvertretung vorzutreten bezüglich der Beschaffung außerordentlicher Mittel zur Beseitigung des Nothstandes?

Dieselbe ist von den Abg. Frhr. v. Huene, v. Chlapowski-Buk, Graf Claiton d'Haussenville, Stengel, Dr. Miquel, Dr. Birchow unterzeichnet und von zahlreichen Mitgliedern sämtlicher Parteien unterstützt.

Abg. Frhr. v. Huene begründet als Antragsteller diese Interpellation, indem er zunächst seinen Dank für die zahlreiche Unterstützung ausspricht. Die Anfrage soll kein Ausdruck des Misstrauens in die Maßnahmen der königlichen Staatsregierung sein, im Gegenteil habe er das volle Vertrauen zu derselben. Aber die Berichte aus Oberschlesien seien erschütternd, und amtliche Nachrichten von Seiten der Regierung würden viel zur Verhüllung beitragen. Die Privatwohlthätigkeit habe zwar bereits viel geleistet, indessen sei doch die Überzeugung allgemein, daß Staatshilfe eintreten müsse. Die Landesvertretung sei gewiß bereit, wenn es für erforderlich erachtet wird, die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Finanzminister Bitter:

Ich kann im allgemeinen demjenigen, was der Interpellant über die Nothstände ausgesprochen, soweit es tatsächlich begründet ist, nur beitreten und erkennen an, daß in den letzten vier Wochen infolge des frühzeitigen und strengen Winters eine erhebliche Verschärfung des Nothstandes stattgefunden hat. Die Staatsregierung sieht seit Monaten diesen Zuständen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit entgegen und hat an ihrem Theil gethan, was bestmöglich vorzugeben, widerne einwirken konnte. Ich werde mich bemühen, im vollsten Umfange darüber Auskunft zu geben.

Die vom Nothstand bedrohten Kreise schließen sich in den südlichen Teilen der Provinz Schlesien zwischen das russische und österreichische Gebiet hinein und umfassen zunächst die Kreise Ratibor, Kosel, Rybnik und Pless, außer diesen vier Kreisen sind noch Nothstanderscheinungen nicht unbedenklicher Art in den Kreisen Gleiwitz und Lubliniec aufgetreten, sodass es sich um eine Fläche von ungefähr 97 Quadratkilometern und unter Abzug der städtischen Bevölkerung um eine Anzahl von 800000 Seelen handelt. Unter dieser Bevölkerung sind bereits oder werden mutmasslich dem Nothstand verschaffen 80-85000 Bewohner. (Bewegung.) Ich bemerke, daß für die zahlreichen Arbeiterbevölkerung in den Bergwerks- und Hüttenbezirken der Kreise Gleiwitz, Beuthen, Tarnowitz und Zabrze nach den jüngstesten Erklärungen ein Nothstand nicht zu befürchten ist, der zu Maßregeln der Staatsregierung Veranlassung gäbe, da es an lohnender Arbeit nicht fehlt. Ich führe ferner an, daß ungeachtet der Strenge des Winters über Mangel an Feuerungsmaterial nicht gelagert worden ist, da die sehr ungangreichen Staats- und Privatforsten und die Nähe der kohlsachen Kohlenreviere günstig einwirken.

Die Nothverhältnisse in den genannten sechs Kreisen werden ihre volle Schärfe erst um Weihnachten zu entfalten beginnen, während sie bisher immer noch in solchen Grenzen blieben, daß die Mittel der Provinzialbehörden genügten. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß der fröhle Eintritt des Winters den Nothstand sehr wesentlich erschwert und verstärkt habe. Zur Gewinnung eines Urtheils darüber müssen wir einen Blick auf die Situation der dortigen Arbeiterbevölkerung werfen. Diese bewegt sich schon in guten Jahren hart an der Grenze der Müdigkeit; bei mäßigen Ansprüchen, bei fleißiger Arbeit und bei mittlerem Tage-John leben sie fast ausschließlich von Kartoffeln und Kraut. Eine mittlere Ernte erzeugt dort schon bedenkliche Schwierigkeiten; jede Hecke muß zu einem mehr oder minder intensiven Nothstand führen. Mit Ausnahme weniger Jahre mit reichlichen Erträgen sind die Erntelergebnisse sehr mäßig gewesen, und es ist daher nicht zu verwundern, wenn jetzt bei völker Miserie ein Nothstand eingetreten ist. Es fehlt neben allen sonstigen Mitteln erstens an der Leistungsfähigkeit und zweitens an der Widerstandsfähigkeit der Population, gegenüber, wie sie jetzt mit solcher Schärfe hereinbringen ist. Bei allem meldet die Provinzialverwaltung leider, daß der Winter die Bevölkerung mit einem fast unerreichbaren Nebe umspannen hat. (Hört, hört! Bewegung.) Die Bevölkerung besteht zum Theil aus Einheimern, zum andern Theil aus Häuslern, die neben ihrem Haufe teilweise auch noch ein paar Morgen Land besitzen; sie kennt nur die tägliche Not und die tägliche Arbeit, wie sie von einem Morgen zum anderen sich ihr darbietet. Sie ist, wenn auch nicht übermäßig, so doch dermaßen zusammengebrängt, daß der schlechte Boden sie nur in geringen Jahren ernähren kann. Der Boden ist zum Theil schon tatsächlich sehr schlecht, zum Theil aber auch noch sehr schlecht eingesetzt. Während der Kreis Ratibor noch leidlich guten Mittelboden hat, steht Kosel weit hinter ihm zurück, Rybnik und Pless haben fast durchweg kalten, nassen, zum Theil schweren Boden, der sehr wenig ertragfähig und sehr schwer

cultivierbar ist. Die Kreiscommunalverbände, denen die nächste Aufgabe zur Beseitigung der Nothstände ihrer Bevölkerung anheimfallen mußte, sind wegen sehr bedeutender Opfer für Kreiscommunalhaushalte in einer Lage, welche sie bei der Armut der Bevölkerung nicht in den Stand setzt, ihnen ohne weiteres entgegenzutreten. Beispielsweise hatte der Kreis Ratibor 1878 eine Schuldenlast von 1.600000 M., der Kreis Pless von 621300 M., der Kreis Kosel außer einer Anleihe von 1.675000 M. noch eine Schulde von 225000 M., der Kreis Gleiwitz 1.707000 M. und der Kreis Lubliniec 468000 M. Die Kreise sind hiernach selbst bei der äußersten Anstrengung nicht in der Lage, ohne Hinzutritt der Provinz und, wie die Staatsregierung glaubt, ohne Hinzutritt des Staates, zu helfen.

Die Nothstände in den bedrohten sechs Kreisen sind vorbereitet durch die allgemeine Dürftigkeit, die dort vorherrscht, und durch die soeben geschilderte Situation; zum Ausbruch ist die Noth gelangt durch die elementaren Folgen, welche eine völlige Missernte herbeigeführt haben. Letztere, ich betone dies ausdrücklich, ist der ausschließliche Grund des jetzigen Nothstandes, der als vorhanden anerkannt werden muss. Es hat eine sehr heftige Überschwemmung des Oder in den Kreisen Ratibor und Kosel stattgefunden, welche die Wiesenberge völlig vernichtet; heftige und wiederholte Regengüsse brachten dann völligen Misserfolg, sodass das Hauptversorgungsmittel der Bevölkerung, die Kartoffel, so gut wie ganz verloren gegangen ist. Zuweilen ist es notwendig gewesen, die Kartoffeln zwei- bis dreimal zu legen, nicht unbedeutende Felder haben gar nichts ertragen, auf dem übrigen Theile ist die Frucht sehr schlecht gewachsen und an vielen Stellen hat sie höchstens die Hälfte der zur Ernährung nothwendigen Ernte erbracht. Der gänzliche Scheitern der Hauernte infolge der Überschwemmung hatte im Sommer zu bedenklicher Futternot gegeführt. Auch das Kraut ist infolge der Rasse total misratzen. Unter diesen Umständen muss für 80000 Seelen gesorgt werden, wenn sie nicht dem Hunger oder dem Typhus verfallen sollen, und diese Sorge soll und wird sich erfreuen im weiteren Verlaufe auf Büchsen an Geld von nicht unbeträchtlichem Umfang, denen im Frühjahr noch die Mittel zur Beschaffung von Saat und sonstigen nothwendigen wirtschaftlichen Aufhülfen hinzutreten werden. Der Oberpräsident von Schlesien hat gebeten, ihm zur Bezeichnung derjenigen Summen, welche erforderlich sein werden, noch eine ganz kurze Frist zu gewähren. Die Staatsregierung hofft, daß sie sehr bald in der Lage sein wird, nach dem Wiedergangsmittwoch des hohen Hauses ihm die bestalltesten Vorlagen über die nothwendigen Mittel zu machen. In diesem Augenblick fehlt es nicht an Mitteln zu diesem Zweck. Inzwischen sind die Behörden, die Provinzialverwaltung mit ihren Organen und ebenso die Privatwohlthätigkeit, denen sich die provinziell organisierten Frauenvereine angeschlossen haben, mit aller Hingabe in Wirklichkeit getreten. So viel zur Beantwortung des ersten Theils der an die Regierung gerichteten Interpellation.

Was Nr. 2 der Interpellation betrifft, so hat die Staatsregierung die Organisation der Abhilfemaßregeln darin vorbereitet, daß die Ortsarmenverbände mit den Landarmenverbänden und den Provinzialverwaltungen in stetem Zusammenhang bleiben, so war, daß in jedem Augenblick, wo eine Unterstützung nothwendig wird, sie sofort gewährt werden kann; ferner hat sie bereits im Herbst infolge von Überschwemmungen der Oder den Communalverbänden des Kreises Kosel 300000 M., denen des Kreises Ratibor 400000 M. unter günstigen Bedingungen als Darlehen überwiesen. Sie hat ferner die nothwendigen Vorarbeiten für den Bau von Beinalwegen auf die Staatslinie übernommen und zur Gewährung von Beihäuse zuerst 30000 M., später noch 45000 M. dem Oberpräsidenten zur Disposition gestellt. Ebenso sind dem Kreise Rybnik zum Zwecke von Chausséebauten 150000 M. unter gleichen Bedingungen überwiesen worden. In Bezug auf die Steuereinziehung sind die Anordnungen dahin getroffen worden, daß unter seinem Umstand durch Härte, Schroffheit der Fiskalität Misverhältnisse entstehen können. Für den Transport von Lebensmitteln sind erhebliche Ermächtigungen der Eisenbahnen auf den Staatsbahnen erfolgt und die Privatbahnen dringend erachtet werden, sich diesem Vorgeben anzuschließen. Endlich ist von mir und dem Minister des Innern dem Oberpräsidenten und dem Landarmendirektor ausdrücklich und in der sicheren Erwartung Ihres Beitrittes ausgesprochen worden, daß, falls diejenigen Opfer, welche die Provinz und die Landarmenverbände über ihre Kraft hinaus zu bringen gezwungen sein sollten, in diesem Falle die Staatsregierung ihnen zur Seite treten und die nötigen Crédits bei der Landesvertretung beantragen wird. (Beifall.) Bis jetzt sind Anträge mit bestimmter Beijierung nicht gestellt worden, aber ich glaube, daß das in nächster Zeit geschehen wird. Bis dahin wiederhole ich, daß für die schlimmsten Fälle Mittel vorhanden sind, und daß es an der Finanzverwaltung nicht liegen soll, sie unmittelbar flüssig zu machen. Bei der Gewährung von Mitteln ist immer zunächst ausgegangen worden von der Beschaffung nützlicher Arbeiten, von Forstarbeiten und dem Bau von Büchsen.

Ein gestern eingegangener Bericht des Oberpräsidenten weist nach, daß in allen Kreisen die größten Anstrengungen gemacht werden, um demgemäß zu handeln. Namentlich wird ein großer Werth auf den Bau von Büchsenwegen deshalb gelegt, damit die Bevölkerung während der rauhen Jahreszeit nicht gezwungen wird, nach entfernten Gegenden zur Arbeit zu gehen. Der fröhle eintretende Winter, die strenge Kälte hat freilich in dieses unser Programm einige Erhöhungshinweise hineingebracht. Aber ich kann hinzufügen, daß selbst bei sehr strenger Kälte fortwährend gearbeitet werden ist. Die Maßregeln lassen sich also dahin zusammen, daß unter Ausschluss von Geldeinschlüssen Lebensmittel und sonstige Lebensbedürfnisse der Bevölkerung gewährt werden, daß der Landarmenverband in Verbindung mit den Ortsarmenverbänden tritt, daß die Staatsregierung dem ersten erachtet wird, was über seine Kraft hinausgeht, und daß, was darüber ist, als Staatsache betrachtet wird. Wir haben geglaubt, durch organische Verbindung der Staats- und Selbstverwaltungsbüroen wie unter Beranziehung der nicht genug anerkannten Privatwohlthätigkeit am besten zu jagen und hoffen bestimmt, daß wir hierin nicht geirrt haben. Infolge dieser Organisation darf gehofft werden, daß die schlimmsten Nothstände beseitigt werden und eine eigentliche Hungersnoth und die daraus hervortretenden Krankheitsercheinungen nicht eintreten werden,

wenn auch kein Zweifel darüber ist, daß in den bedrohten Gegenden Elend und Noth in reichlichem Maße zurückbleibt.

Ich habe demnächst anzufließen, was seitens der Provinzialverwaltung geschehen ist. Es ist erstens zum Bau von Chauffeuren die Summe von 880000 M. den Kreiscommunalverbänden der vier Kreise überwiesen worden, unter sehr günstigen Bedingungen. Dem Provinzialausschusse ist die Summe von 1½ Mill. M. zur Bekämpfung des Nothstandes à fonds perdu überwiesen worden, der Begebaufonds der Provinz ist um 500000 M. verhöret worden, unter allerhöchster Ermächtigung sind die bei der Goldenen Hochzeit Ihrer Majestäten bewilligten 400000 M. dem Armenverband zur unbedingten Verfügung gestellt worden. (Beifall.) Ich folge hinzu, daß der Gefundheitsaufstand in den bedrohten Kreisen mit Ausnahme weniger vereinzelter Fällen im Kreise Ratibor und sporadisch auch in den andern zu schwerwiegenden Bedenken nicht Veranlassung gegeben hat. Ob dieser in nächster Zeit noch stattfinden kann, läßt sich mit Sicherheit nicht beurtheilen, jedoch sind alle Einrichtungen bereit getroffen worden, daß bei dem ersten Auftreten epidemischer Krankheiten sofort ärztliche Hilfe zur Hand sein kann. An Kartoffeln wird es nicht fehlen, sie werden in genügender Masse zu beschaffen sein, obgleich angegeben werden muss, daß die Preise sich nicht unerheblich erhöht haben. Hierach glaube ich aus sprechen zu können, daß alle Anordnungen so getroffen sind, daß, wo ein Nothstand sich zeigt, ihm sofort mit genügenden Mitteln entgegentreten werden kann, und daß, wo ein solcher vorhanden, ihm bereits entgegentreten worden ist.

Auf Nr. 3 der Interpellationen ertheile ich namens der Staatsregierung die präzise Antwort, daß sie, sobald die Nothwendigkeit der Verwendung von Staatsmitteln eintritt, keinen Anstand nehmen wird, diese Mittel zur Beseitigung des Nothstandes von der Landesvertretung zu fordern. Spätestens um Mitte Januar werden diese Anträge Ihnen vorliegen. Ich fürchte, daß es nothwendig sein wird, mit einer Creditsforderung an Sie heranzutreten, und ich bin überzeugt, daß dieser Credit nicht verweigert werden wird. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.) Wenn also hierdurch die Interpellation in ihren wesentlichen Punkten beantwortet ist, so erlaube ich mir zum Schlus noch eine Bemerkung. Die Staatsregierung würde glauben, den traurigen Thatfachen des Nothstandes nicht volle Rechnung getragen zu haben, wenn sie nicht ihre Aufmerksamkeit darauf richten sollte, diesen Verhältnissen für die Dauer Abhilfe zu schaffen. (Zustimmung.) Es wird vielleicht möglich sein, durch aufmerksame Behandlung und genaue Beobachtung bessere Zustände herbeizuführen, soweit dies durch Menschenhand geschehen kann, als sie bisher vorhanden gewesen sind. Es ist die Absicht, alle beteiligten Kreise zu gemeinschaftlicher Thätigkeit einzuladen, um zu untersuchen, wie man den Verkehr ausschließen, die landwirtschaftlichen Zustände verbessern, die Beihilfen sicherer gestalten, die allgemeine Bildung und Erwerbsthätigkeit der Bevölkerung heben könne. Wir würden uns glücklich schämen, wenn wir in die Lage kämen, nach Beseitigung der unglücklichen Zustände die Wege für die nachhaltige Besserung der Verhältnisse zu ebnen und für die Betroffenen die Morgenröthe eines besseren Zukunft herauszuführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Birchow erklärt hieraus, daß er im Hinblick auf die vom Herrn Finanzminister in Aussicht gestellten Vorlagen, da sich ja dieselben nicht nur mit dem gegenwärtigen Nothstande, sondern mit einer durchgreifenden Verbesserung der Zustände Oberschlesiens beschäftigen würden, auf die von ihm beabsichtigte Befreiung der Interpellation verzichte. Da auch sonst von keiner Seite eine Befreiung beantragt wird, ist der Gegenstand erledigt.

Ohne Debatte wird darauf das Gesetz über das Verfahren in Auseinandersetzungangelegenheiten sowie ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat pro 1879/80 (betreffend Nachzahlung Preußens zu seinem Matrikelbeitrag an das Reich) in dritter Berathung definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Entwurfs über die Anlage der zweiten Gleise auf der Mosel- und Saarbahn, der nach kurzer Debatte angenommen wird.

Schließlich steht die erste Berathung des Gesetzes über die Abänderung des Fischereigesetzes für den preußischen Staat auf der Tagesordnung. Nach kurzer Debatte wird das Gesetz an die Agrarcommission verwiesen.

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Interpellation des Abg. Graf Winzingerode betreffend den Erlass einer Wegeordnung; Petitionen.

Deutsches Reich.

Dem Bundesrat ist ein Bericht zugegangen, welchen der Vorsitzende der Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches, Willi. Geheimrat Pape, über die gegenwärtige Lage der Commissionsarbeiten unter 12. Nov. d. J. an den Reichskanzler erstattet hat. Wir entnehmen demselben Folgendes:

Am 30. Oct. war die Gesamtcommission zu einer Sitzung einberufen. In dieser ward beschlossen: 1) Die Berathung des das Erbrecht enthaltenden Theilentwurfs bleibt bis zur Vollendung der übrigen Theilentwürfe aus. 2) Nachdem auch die übrigen Entwürfe vollendet, gedruckt und in die Hände der Commissionsmitglieder gelangt sein werden, wird alsbald, und schon nach Verlauf weniger Wochen, die Hauptcommission zu einer kurzen Sitzung zusammenberufen, wo zunächst über das bei der Berathung der Entwürfe einzuhaltende weitere Verfahren, soweit die unten folgenden Beschlüsse in dieser Beziehung noch eine Ergänzung erheben, Beschluss zu fassen, insbesondere die Reihenfolge festzustellen, in welcher die Entwürfe zur Berathung zu bringen sind. 3) Die Entwürfe werden einer doppelten Berathung unterzogen. Die erste Berathung soll im wesentlichen nur eine sachliche sein, sodass thunlich die formelle Seite ausscheidet und Fassung oder Redaction

im allgemeinen auf sich beruhen bleiben. 4) Nach dem Schluß der ersten Berathung wird auf Grund der Ergebnisse derselben ein Hauptentwurf des ganzen künftigen Gesetzbuches ausgearbeitet, der die einzelnen Theilentwürfe in sich aufzunehmen und in Bezug auf Form und Inhalt ein harmonisches Ganzes zu bilden hat. Dieser Hauptentwurf wird von der Commission von neuem vollständig, sowohl in sachlicher als formeller Hinsicht, bearathen und solcher gestalt der schließliche, dem Bundesrat als Ergebnis der ersten Berathung vorzulegende Entwurf des Gesetzbuches festgestellt. Die Beschlusshaltung über die Art und Weise, wie der der zweiten Berathung zu Grunde zu legende Hauptentwurf aufzustellen, bleibt ausgesetzt. Sie kann schon bei oder vor Beginn der ersten Berathung erfolgen. 5) Sollte zu Ostern 1880 der eine oder andere Entwurf noch nicht vollendet sein, so wird der betreffende Redactor ihn, soweit es vollendet ist, dem Vorstande behufs Veranlassung des Drucks und der Vertheilung vorlegen, die Hauptcommission aber bei der unter Nr. 2 vorgesehenen Berathung darüber beschließen, ob und inwiefern die erste Berathung der Entwürfe bis zur Vollendung des noch unvollständigen Theilentwurfs ausgezögert werden müsse.

Bei Fassung der vorstehenden Beschlüsse ist von der Voraussetzung ausgegangen, sämtliche Theilentwürfe würden nebst Motiven gegen Ostern 1880 in ähnlicher Vollständigkeit wie gegenwärtig der Erbrechtsentwurf aufgestellt und druckfertig sein. Diese Voraussetzung gründet sich auf die von den einzelnen Redactoren abgegebenen Erklärungen.

— Ueber die Einzelheiten der Abstimmung des Bundesrates über den Entwurf einer Verfassungsgändereung berichtet ein Correspondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung: „Bayern beantragte, an der jährlichen Berufung des Bundesrates festzuhalten. Dieser Antrag sowie der Antrag Hessens, die jährliche Berufung des Bundesrates und des Reichstages beizubehalten, wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Bei der Schlusstimmung votirten Hessen und Bremen gegen das Gesetz.“

— Dem soeben veröffentlichten statistischen Sanitätsbericht über die Kaiserlich-deutsche Marine für den Zeitraum vom 1. April 1878 bis 31. März 1879 ist folgendes zu entnehmen:

Der Gesamtankenzugang war an Bord um 87 pro Mille geringer, an Land um 115 pro Mille höher als im Vorjahr. Die ansteckenden Krankheiten traten am zahlreichsten auf den Schiffen im Mittelmeere auf, speziell das Wesselsieber. Von 832 Erkrankungen litten 808 Fälle auf das letztere. Masern wurden in 3 Fällen, Typhus in 10 Fällen beobachtet, Cholera in 2 und Rose in 8 Fällen. Der Unterschied des Klimas und der Localität machte sich namentlich in frankhaften Affectionen der Atmungsorgane fühlbar. Hinghag kam je einmal in Ostafien, in Westindien und in der Heimat zur Behandlung. Ruhefälle litten 19 mal auf der ostasiatischen Station, 4 mal in Westindien, 3 mal im Mittelmeere vor. Storbut wurde nicht constatirt. Eine bedeutende Zunahme zeigten die Krankheiten der Syphilis und waren dieselben im Mittelmeere und in Ostasien ganz besonders langwierig. Die äußeren Leiden waren in ihrer Gesamtheit ein wenig geringer als im letzten Jahre; die mechanischen Verletzungen blieben den in früheren Jahren vorgekommenen an Zahl gleich. Von Geisteskrankheit wurden 5 Fälle beobachtet, darunter einer an Bord. Bei den Todesfällen durch Krankheit waren die häufigsten Todesursachen die Lungenerkrankungen. Unter den vorgekommenen 283 Unglücksfällen bildete an Bord in 270 Fällen Ertrinken und 3 mal Herabstürzen aus der Takelage die Todesursache — 266 Mann ertranken bei dem Untergange des Großen Kurfürsten. Unter diesen 283 Unglücksfällen wurden 279 durch Ausübung des Dienstes herbeigeführt. Eine für die Pflege und Erhaltung der Gesundheit von Marinangehörigen segnreiche Wirkung übte das im Juli 1878 eröffnete Marinelagetz zu Yokohama, das unter Leitung eines Stabsarztes steht. In dasselbe wurden 115 Kränke aufgenommen; darunter befanden sich 88 Patienten von deutschen Kriegsschiffen, außerdem 10 dem deutschen Reichsverbande angehörende Personen.

Preußen. N.L.C. Berlin, 18. Dec. Die Landtagssession hat kurz vor ihrer Beratung eine Berhandlung über eine Angelegenheit, bei der es Parteiunterschiede nicht gibt: die Besprechung der zur Abschaffung des Notstandes in Oberschlesien geeigneten Mittel vor der Unterbrechung der parlamentarischen Arbeiten durch die Weihnachtsferien ist auf allen Seiten als ein dringender Wunsch empfunden worden und wird hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Die Provinzial-Correspondenz hat gestern dargelegt, was zur Linderung des Notstandes seitens der Behörden bereits geschehen und was in Aussicht genommen ist. Allein man wird darans doch noch nicht des Zweifels vollständig enthoben werden sein, ob die Hilfsmittel dem ungeheuern Umfang dieses Elends gegenüber genügen; jedenfalls werden sie zum Theil, wie namentlich die in Aussicht gestellte Arbeitsgelegenheit durch Wegebauten etc., erst in einer Zeit, wo es vielleicht zu spät sein wird, wirksam werden können. Die Privatwohlthäufigkeit zeigt sich ja bei dieser Gelegenheit im schönsten Lichte; aber sie kann einem so umfangreichen Notstande gegenüber unmöglich aufbrechen, zumal in einer Zeit, wo der wirtschaftliche Druck allenthalben schwer empfunden wird. Wir haben das Vertrauen, daß die Anregung aus dem Abgeordnetenhaus dazu beitragen wird, der Staatsregierung ihre Aufgabe, ausreichend und vor allen Dingen rasch mit ihrer Hilfe einzutreten, lebhaft zum Bewußtsein zu bringen. Schon bisher hat der oberschlesische Notstand wiederholt in die Debatten des Abgeordnetenhauses eingedrungen, aber gewissermaßen nur als Drapierung für

anderweitige politische Fragen. Bei den Auseinandersetzungen über Polypolitik, Kulturkampf und andere Fragen griffen verschiedene Redner in der Suche nach neuen schlagenden Argumenten jenen Notstand auf. Wir hoffen, jetzt werden sich alle Parteien allein auf den Standpunkt der Humanität stellen und politische Nebeninteressen aus dem Spiele lassen. Wir hoffen auch, man untersucht weniger, wie die Not standen und welche allgemeine Nutzanwendungen für die Zukunft daraus sich ziehen lassen, als wie dem schreitenden Elend des Augenblicks abzuhelfen ist. Gewiß wird man später auch bemüht sein müssen, den inneren Ursachen des in jenen Districten ja mehr oder weniger chronischen Notstandes nachzuforschen und ihnen so weit als möglich dauernd abzuhelfen; zunächst aber gilt es nur zu untersuchen, wie der Not des Augenblicks zu steuern ist und ob das bisher Geleistete und in Aussicht Genommene genügt oder ob die Ausbringung außerordentlicher Staatsmittel geboten ist.

N.L.C. Berlin, 19. Dec. Der unmotivirt hastige Abbruch der gestrigen Debatte im Abgeordnetenhaus, welchen die Rechte, unterstützt durch das Cen-trum, ganz gegen frühere Gewohnheiten herbeiführte, muß um so peinlicher wirken, wenn man erwägt, daß die Verhandlung nur von 11½ bis 2 Uhr dauerte und kein anderer Gegenstand auf der Tagesordnung stand. Mit der namentlichen Abstimmung war alles um 3 Uhr zu Ende, während die Verhandlungen bei wichtigen Sitzungen sonst in der Regel bis 4½ und 5 Uhr zu dauern pflegten. Es wurden einschließlich des einleitenden und Schluswortes des Referenten und der Reden des Ministers und des Unterstaatssekretärs acht (oder, wenn man das kurze Schluswort des Referenten abrechnet, sieben) Reden für Uebergang zur Tagesordnung und nur vier dagegen gehalten. Das Verleihende des auffallenden Schlussworts wurde noch dadurch gesteigert, daß gerade vor dem Schlusse der Abg. Röderath ganz neue Angriffe gegen den elbinger Magistrat schlugen, ohne daß dem Abg. Wiedwald, Vorsteher der elbinger Stadtverordnetenversammlung, Gelegenheit zur Erwidern gegeben worden wäre, und daß schließlich, wie schon hervorgehoben, die Freiconservativen überhaupt gar nicht zu Wort kamen. Dieser rücksichtlose Gebrauch der Majorität, dessen sich die Liberalen, solange sie in der Mehrheit waren, niemals schuldig gemacht, kann nicht verfehlten, im Lande einen peinlichen Eindruck hervorzurufen, einen Eindruck, den hoffentlich die liberale Presse zum geblümenden Ausdruck bringen wird. Den Hohn der Kreuzzeitung, welche meint, die Minderheit sei so arm an Gründen und Vertrauen gewesen, daß der Schluss der Debatte ihr als eine Wohlthat erscheinen müsste, wollen wir auch noch registrieren.

— Die Post bemerkt zu den Verhandlungen über die elbinger Petition:

Das Merkwürdigste war vielleicht der Umstand, daß gerade diejenige Persönlichkeit nicht sprach, von welcher man eine Auslassung hätte erwarten können, nämlich der Minister Dr. Hall, welcher in seinem bekannten Brief vom 2. Sept. ausdrücklich erklärt hatte, daß ihm eine Neuerung über die Thatsachen nicht erwartet bleiben würde, wenn er einen Platz im Abgeordnetenhaus erhielte. Wir kennen die Gründe, welche Drn. Dr. Hall zu diesem Schweigen veranlaßt haben, nicht, und es ist lediglich eine Vermuthung von uns, sie könnten in der Erwagung beruhen, daß das Feld für einen Angriff auf den Hrn. Minister v. Puttkamer in diesem Falle nicht glücklich gewählt worden war, wie es denn auch die Debatte und die Abstimmung tatsächlich bewiesen hat. Was die uns näher stehende (freiconservative) Partei betrifft, so war es leider durch den unerwartet zeitig angenommenen Schlus der Debatte dem Hrn. Abg. Stengel, welcher von der freiconservativen Partei beauftragt war, ihre Stellung zu der elbinger Schulfrage darzulegen, versagt, das Wort zu nehmen. Wenn wir sagen „von der freiconservativen Partei beauftragt“, so wollen wir damit ausdrücklich bekunden, daß Dr. Stengel für die ganze Partei das Wort genommen hätte, was hier notwendig ist, zu betonen, da bei der namentlichen Abstimmung über das Oneitsche Amendement die Stimmen der Partei nahezu gleichgeheilt zwischen Für und Gegen waren. Dr. Stengel hätte ohne Zweifel die Sache dahin klar gestellt, daß die freiconservative Partei einmütig auf dem Boden der Confessionalität der Volksschule steht und die Simultanschule nur als Ausnahme zulassen will, wo die Umstände es erfordern oder eine wesentliche Verbesserung des Schulwesens dadurch erreicht wird. Diese Grundsäye hat auch Dr. Hall in seinem Ertrag vom 16. Juni 1876 aufgeführt, und der gegenwärtige Cultusminister hat sich ausdrücklich auf denselben Boden gestellt. Nur in Bezug auf den concreten elbinger Fall und hinsichtlich des Verhaltens des Cultusministers bei demselben gingen die Ansichten der Partei auseinander.

— Die Neue Preußische Zeitung enthält folgende charakteristische Mitteilung aus Berlin vom 19. Dec.: „Gestern, Donnerstag, vereinigte sich ein großer Theil der conservativen Fraktion im Englischen Hause zu einem freundlichen Diner; dasselbe trug keinen offiziellen Charakter und war nur aus dem Wunsche hervorgegangen, vor dem Weihnachtsfeste sich noch einmal in zwangloser Geselligkeit zu vereinigen. Der große Saal des Englischen Hauses bot an einer Tafel mit drei Armen gerade Raum genug für die zahlreich anwesenden Herren. Dass der Erfolg des Tages, die günstige Abstimmung für das Princip der confessionellen Volksschule, an welcher die conservative Frac-

tion geschlossen thilfengenommen hatte, nicht unwe sentlich die frohe und hoffnungsvolle Stimmung der Versammlung erhöhte, braucht kaum hervorgehoben zu werden.“

— In Neumarkt ist, wie der Thorner Ostdeutschen Zeitung gemeldet wird, die geplante Simultanschule von der königlichen Regierung in Marienwerder genehmigt worden. Dieselbe soll mit dem neuen Schuljahre zu Ostern kommenden Jahres ins Leben treten.

— Das Berliner Tageblatt berichtet aus Berlin: „In der am 16. Dec. stattgehabten Sitzung des berliner Turnlehrervereins machte der Taubstummenlehrer Guzmann Mittheilungen aus dem neuesten Werk v. Treitschke, die sich auf den Turnvater Jahn bezogen. Er las die betreffenden Stellen vor und sprach sein großes Bedauern aus, daß ein Mann wie Jahn, der noch so fest in dem Herzen des deutschen Volkes und besonders der deutschen Jugend wurzelt und dem eine Reihe von Denkmälern zum Theil monumentaler Art, gesetzt worden sei, von Treitschke als eine lächerliche Person hingestellt worden sei, wenn er auch seine Bedeutung und seine Bestrebungen nicht fortlebten könnte. In der sich anschließenden Debatte wurde dem Redner allseitig darin beige stimmt, daß Hr. v. Treitschke Jahn einseitig und, vielleicht aus Unkenntniß der Quellen, unrichtig beurtheilt habe. Der mit anwesende Professor Euler, welcher mit einer Biographie Jahn's beschäftigt ist, konnte auf Grund der ihm zu Gebote stehenden, größtentheils noch unbekannten Quellen nachweisen, daß die Bedeutung Jahn's in der Zeit der Freiheitskriege eine viel größere ist, als man bisher von gewisser Seite angenommen hat, und daß Berlin sich selbst geehrt, als es an den Reliefs an dem neuen Rathause Männer wie Schornhorst, Gneisenau u. Jahn beige stellt hat.“

— Der Cultusminister hat unter dem 12. Dec. an die Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins, die Gräfin Charlotte v. Ipenzig, zu Händen des Schriftführers des Vereins, des Geh. Oberregierungsrathes v. Bötticher, in Bezug auf den oberschlesischen Notstand ein Schreiben gerichtet, aus dem wir Folgendes herausheben:

Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins steht, wie mir mitgetheilt wird, in diesen Tagen zusammen, um unter Leitung seiner hohen Protectori, Ihrer Maj. der Kaiserin und Königin Augusta, die zur Einberufung des oberschlesischen Notstandes aufgenommene Vereinstätigkeit speziell zu organisieren und die Richtungen, in welchen sich dieselbe vorzugehende zu bewegen hat, genauer zu bezeichnen. Ich gestalte mir daher, das wohlwollende Interesse des Vorstandes für eine Einrichtung in Anspruch zu nehmen, welche in dem ostpreußischen Notstande von 1867/68 in ganz besonderer hohem Grade bewährt hat und wie wenig andere geeignet ist, dauernde Nachtheile des Notstandes von den betreffenden Gegenden fern zu halten. Ich meine die Einrichtung von Suppenanstalten für die Schulkinder in den Schulen auf dem platten Lande. Während des Jahres 1868/69 bestanden solche Anstalten in den meisten Schulen des Regierungsbezirks Gumbinnen, namentlich in solchen Schulgemeinden, wo die Schulkinder weite Wege bis zur Schule zurückzulegen hatten. Wenn irgend möglich, wurde die Spülung der Kinder den Lehrerfrauen übertragen. Die Materialien zum Essen und zum Heizen wurden von Seiten des Vaterländischen Frauenvereins geliefert. Zur Hülfe der Lehrerfrauen wurden nöthigstens ältere Schulkinder verhendet. Die Einnahme der Mahlzeit fand zwischen der Vormittags- und der Nachmittagschule statt. Die guten Folgen dieser Einrichtung traten überall unverkennbar her vor. Nicht nur blieben zahlreiche Kinder vor den Folgen einer ungünstigen und ungewöhnlichen Ernährung bewahrt; es erwuchsen denselben auch auf dem sittlich-religiösen Gebiete unverkennbare Vortheile. Während sonst in kalten Wintern die Kinder der örmern Volksschulen zum Betteln ausgesandt oder von den Eltern auf die Bettelgänge mit Schulfrage darzulegen, versagt, das Wort zu nehmen. Wenn wir sagen „von der freiconservativen Partei beauftragt“, so wollen wir damit ausdrücklich bekunden, daß Dr. Stengel für die ganze Partei das Wort genommen hätte, was hier notwendig ist, zu betonen, da bei der namentlichen Abstimmung über das Oneitsche Amendement die Stimmen der Partei nahezu gleichgeheilt zwischen Für und Gegen waren. Dr. Stengel hätte ohne Zweifel die Sache dahin klar gestellt, daß die freiconservative Partei einmütig auf dem Boden der Confessionalität der Volksschule steht und die Simultanschule nur als Ausnahme zulassen will, wo die Umstände es erfordern oder eine wesentliche Verbesserung des Schulwesens dadurch erreicht wird. Diese Grundsäye hat auch Dr. Hall in seinem Ertrag vom 16. Juni 1876 aufgeführt, und der gegenwärtige Cultusminister hat sich ausdrücklich auf denselben Boden gestellt. Nur in Bezug auf den concreten elbinger Fall und hinsichtlich des Verhaltens des Cultusministers bei demselben gingen die Ansichten der Partei auseinander.

Da die Verhältnisse einzelner oberschlesischen Kreise in Bezug der ökonomischen und sittlichen Zustände der niedern Volksschule und in Bezug auf den räumlichen Umfang der Schulbezirke ähnlich liegen wie in Litauen, so zweifelt der Minister nicht, daß, wenn der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins sich der Einrichtung von Suppenanstalten für die Schulen der vom Notstande heimgesuchten Gegenden in Oberschlesien unterziehe, er damit ebenso günstige Erfolge erzielen werde, wie sie vor 12 Jahren im südlichen Regierungsbezirk erzielt worden sind. Der Minister hat in dieser Angelegenheit auch ein Schreiben an den Regierungspräsidenten von Oppeln, Hrn. v. Quadt, gerichtet, worin er denselben mittheilt, daß der Vaterländische Frauenverein auf seine, des Ministers, Intentionen einzugehen beschlossen habe, und deshalb ihn ersucht, sich mit dem Vereine in Verbindung zu setzen und demselben in seinen Bestrebungen in jeder möglichen Weise entgegenzukommen.

— Der Bairische Courier läßt sich aus Berlin schreiben: Vor einigen Tagen hatte ein Mitglied der Centrum-Fraktion beim Minister v. Puttkamer Audienz, um dem-

sich eine ...
Der Abgeordnete nicht vollständig wissen. Sie doch ...
„A propos, ...
Sungen in ...
Sie doch ...
Häbler ist ...
siche Geschi...
Der ...
Häbler sid...
Unter die ...
nahme „w...
Thür...
Rachdem ...
Genehmigung ...
Leidigung d...
Die Com...
eigner D...
Sitzungen ...
pellation d...
abgeschlossen.
Erjurt. Ri...
diesem Bo...
und Mein...
welche Sc...
Nachtheile ...
Heim ant...
nicht abhe...
in dieser ...
auf Kosten ...
bant und ...
Schließlic...
gierung zu...
dahin in ...
die bezeich...
lichst abge...
standes in ...
den die ...
15700 M...
anstalten ...
heute in ...
ist gegenwo...
tage seine ...
schlossen;
v. Türl, ...
director K...
Medell...
wird den ...
freilichs...
tagöffnung ...
13. Dec. ...
wonach di...
d. J. an ...
aus der ...
weisen sin...
Landesherr...
Zeit zwar ...
nächstjähr...
und entsp...
entschieden ...
einnahmen ...
der Lande ...
werden die ...
Wie unter ...
nung diese ...
Der ...
Sternberg ...
narverjam...
fast einst...
wiederhol...
Einstuf...
ehe, unter ...
zu richt...
burgischen ...
Majorität ...
regiment ...
und zugle...
des Ausba...
Baire ...
Abgeord...
sandtschaft ...
Dr. Jörg ...
solcher Sc...
theilen au...
Das D...
wannich ...
die veränd...
hohen Freu...
er habe den ...
mit sei wie...
dem alten ...
ihm als tr...
weniger, al...
Diese Ber...
scharfe Sp...
haben wir ...
getreide beim ...
landshaften ...

icht unweisen,
ung der Ver-
or gehoben zu
Ostdeutschen
Simultan-
in Marien-
ll mit dem
Jahres ins

us Berlin:
ng des ber-
aubstummen-
em neuesten
nvater Jahr
en vor und
i Mann wie
es deutschen
gend wurzelt
n Theil mo-
reitschke als
sei, wenn er
ungen nicht
ehenden De-
begeistert,
eileicht aus-
theilt habe.
er mit einer
auf Grund
ls noch un-
Bedeutung
ie viel grä-
te angenom-
als es an
lännern wie
hat."

2. Dec. an
vereins, die
des Schrift-
rungsrathes
schlesischen
dem wir
vereins tritt,
ammen, an
ter Maj. der
überung des
eintheitigkeit
welchen sich
n bezeichnen.
esse des Vor-
onen, welche
68 in ganz
e wenig an-
standes von
h meine die
hullinder in
des Jahres
ten Schulen
in solchen
e bis zur
gleich, wurde
tragen. Die
n von Seiten
Zur Hölle
Schulstude
zwischen der
Die guten
enbar her-
den Folgen
ähnungen be-
wölkigten
wel man sagen
ist im fahlen
um Betteln
lgänge mit-
n Erziehung
uischen Ge-
euches und
man sagen
dem Staate
suchten Ge-
ehältmitten
te vermehr-
ichen Kreise
en Zustände
den räum-
gen wie in
wenn der
s sich der
schulen der
Oberfläche
erfolge er-
gumbinner
Minister
en an den
v. Quast,
der Vater-
ters, In-
shalt ihn
zu segen
eder mög-
schreiben:
Centrum-
um dem-

selben eine Beschwerde aus seinem Wahlkreise vorzutragen. Der Abgeordnete hatte sein Anliegen dem Minister noch nicht vollständig auseinandergesetzt, als dieser bei einer gewissen Stelle ihm in die Rede fiel und wörtlich sagte: „A propos, ich lese in den Zeitungen, daß die Verhandlungen mit Rom abgebrochen sein sollen. Bitte, sagen Sie doch Ihren Freunden, daß das nicht der Fall ist. Dr. Häbler ist nur deshalb hier, weil ihn gegenwärtig hier vielseitige Geschäfte erwarten.“

Der Minister ließ dann durchblicken, daß Dr. Häbler sich später wieder nach Wien begeben werde. Unter die „vielseitigen Geschäfte“ dürfte die Entgegnung „weiterer Instructionen“ gehören.

Thüringische Staaten. Meiningen, 17. Dec. Nachdem der Herzog zur Wahl des Präsidiums die Genehmigung ertheilt, trat der Landtag in die Erledigung der wenigen ihm vorliegenden Geschäfte ein. Die Commissionen wurden gewählt und dem Verlaufe einiger Domänenparcellen zugestimmt. Durch zwei Sitzungen zog sich die Verhandlung über eine Interpellation des Abg. Biller betreffend den mit Preußen abgeschlossenen Staatsvertrag über den Eisenbahnbau Erfurt-Ritschenhausen. Die Interpellation sieht in diesem Bahnbau eine Benachtheiligung der Werra- und Meiningen-Schweinfurt-Bahn und will wissen, welche Schritte die Regierung zur Verhütung solcher Nachtheile gethan oder zu thun gedenke. Staatsrat Heim antwortete, daß sich die etwaigen Nachtheile noch nicht abschaffen lassen und die Regierung keine Schritte in dieser Richtung beabsichtige; die Bahn werde nur auf Kosten Preußens und zu strategischen Zwecken gebaut und lasse sich an dem Vertrage nichts ändern. Schließlich nahm der Landtag den Antrag an, die Regierung zu ersuchen, mit der preußischen Regierung dahin in Verhandlung zu treten, daß die etwaigen durch den Bau der Linie Erfurt-Ritschenhausen für die bezeichneten Bahnen entstehenden Nachtheile möglichst abgewendet werden. Zur Abwendung des Notstandes in den Waldorten des eisfelder Bezirks wurden die geforderten 10000 M. bewilligt, ebenso 15700 M. zu Bauten der gemeinschaftlichen Strafanstalten in Mahseld. — Herzog Bernhard tritt heute in sein 80. Lebensjahr; der regierende Herzog ist gegenwärtig unwohl, hat aber doch zum Geburtstage seines Vaters mehrere Ordensverleihungen geschlossen, z. B. an den jenaer Universitätscurator v. Türk, an den Präfekten Dr. Rückert, den Bankdirektor Kircher, den Oberbürgermeister Biller hier u.

Meissenburg. Aus Sternberg vom 16. Dec. wird den Hamburger Nachrichten berichtet: „Die freikirchlichen Stände überreichten in heutiger Landtagssitzung ihre Resolution über das Rescript vom 13. Dec. Sie halten darin den Rechtsstandpunkt fest, wonach die nach § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli d. J. an Meissenburg-Strelitz zu leistenden Zahlungen aus der Reichskasse an die Centralsteuerkasse zu überweisen sind. Da dies aber ohne Einwilligung des Landesherrn nicht geschehen kann, so sehen Stände zur Zeit zwar davon ab, behalten sich aber vor, bei der nächstjährigen Etatserörterung hierauf zurückzukommen und entsprechende Anträge zu stellen, wozu sie sich entschieden verpflichtet halten, weil es sich um Mehrerainnahmen handelt, welche durch erhöhte Besteuerung der Landesbevölkerung aufzutragen sollen. Hieron werden die Commissarien sofort in Kenntniß gesetzt.“ Wie unterm 18. Dec. gemeldet wird, hat die Regierung diese Beschlüsse angenommen.

Der Neue Preußischen Zeitung schreibt man aus Sternberg unterm 17. Dec.: „In ihrer heutigen Plenarversammlung hat die meissenburgische Ritterschaft fast einstimmig beschlossen, an beide Landesherren wiederholte die Bitte um Verwendung ihres hohen Einflusses für die Befestigung der obligatorischen Civilcize, unter Freilassung der sogenannten Nothcivile, zu richten. In Sachen der Abänderung des meissenburgischen Traufsymbolars wurde sodann mit großer Majorität beschlossen, sich gegen die durch das Kirchenregiment einseitig verfügte Abänderung zu verwahren und zugleich beide Landesherren um Wiederherstellung des früheren Wortlautes (insbesondere Wiederherstellung des Ausdrückes „zur Ehe nehmen“) zu bitten.“

Baiern. Bei der Verhandlung der bairischen Abgeordnetenkammer vom 16. Dec. über die Gesandtschaften im Auslande hielt der ultramontane Abg. Dr. Jörg eine Rede für Aufhebung derselben, die, von solcher Seite kommend, viel Aufsehen erregte. Wir heilen aus dieser Rede Folgendes mit. Jörg sagte:

Das Deutsche Reich habe zu der großen Orientfrage eindeutig eine feste Stellung gesetzt und daraus ergebe sich nun die veränderte Situation. Der Sprung von der „hurmhohen Freundschaft“ mit Russland herab habe ihn überrascht, er habe denselben dem fühnen Springer nie zugesetzt. Daraus sei wieder eine feste Stellung erlangt, wie wir sie unter dem alten Deutschen Bunde genossen. Das er sich freue, sei ihm als neuem Großdeutschen nicht zu verbieten, um so weniger, als solche Dinge sehr wundervoll seien. (Heiterkeit.) Diese Veränderung der Situation habe aber verhindert, daß die scharfe Spitze, gegen welche Mächte, wisse man. Nun haben wir aber, abgesehen von der Schweiz und Rom, nur gerade beim Quirinal, in Paris und Petersburg noch Gesandtschaften und das könnte zu denken geben. Der Reichs-

zamler mache gar kein Hehl daraus, daß die bairischen auswärtigen Gesandtschaften Anomalien bedenklichen Charakters seien. Aus diesen Verhältnissen könnten Vertragsverletzungen erwachsen, deshalb möge man auf die auswärtige bairische Politik verzichten. Das Geld solle lieber verwendet werden zu einer kräftigen Vertretung in Berlin und bei den deutschen Bundesstaaten. Aber auch dazu, unser Civilstaat beizutreten, in der Kriegszeit gegen den Militärstaat. Bissher war es nicht nötig, an diesen Fragen zu röhren; aber er witterte Morgenlust. Er erinnerte an den Abrüstungsbrief des Fürsten Bismarck an Jacobi. Wenn der Gedanke selbst bei dem Reichsanziger plausibel, hätte unsere Diplomatie eine schöne Aufgabe, zu verhindern, daß wir wieder Schlachten anzuschlagen genötigt werden. Gesichter nichts in der Richtung, dann werden wir nach Molte's Wort ein Volk von feindlichen Bettlern werden. (Sehr richtig!) Er befürchtet sodann die innern Gesahren seitens der Sozialdemokratie. Über die wahren Mittel zur Befreiung der sozialen Gefahr höre er niemand lieber sprechen als Se. Maj. den großen Deutschen Kaiser Wilhelm. Der erste Schritt zu dieser Befreiung sei die Rückkehr zum bürgerlichen Leben. Und hierzu soll man das Geld verwenden. Das sei wichtiger als Gefannte zu unterhalten bei Mächten, die zu den erklärt Feinden des Deutschen Reiches gehören. (Bravo!)

Württemberg. Am 17. Dec. wurden 15 der auf Wilhelmstädten verunglückten Bergleute begraben und in der Nacht zum 18. Dec. starben wiederum 5 der Verletzten.

Österreich-Ungarn.

Über die neuesten Vertragsverhandlungen mit Deutschland glaubt die «Presse» Folgendes mittheilen zu können:

Die Vertragsverhandlungen mit Deutschland sind nun mehr in das entscheidende Stadium getreten. Österreich-Ungarn hat die Propositionen Deutschlands bezüglich des Provisoriums abgelehnt und seinerseits Gegenbeschläge erstattet. Die abgelehnten Propositionen waren diejenigen, welche die österreichisch-ungarischen Delegirten aus Berlin mitgebracht hatten. Danach verlangte Deutschland im wesentlichen die schiedmonatliche Verlängerung des bestehenden Weisungsvertrages unter folgenden Modalitäten: Befreiung des freien Kohleinenverkehrs sowie der Exportsfreiheit des Eisenbahnbetriebsmaterials, dagegen Fortbestand des Appreturverkehrs in seiner jetzigen Ausdehnung, endlich Reduktion des Umlaufes des zwischen beiden Staaten bestehenden Zollcartells. In der Note, welche Graf Székely in Berlin überreicht hat, erklärt Österreich-Ungarn, auf die bezeichneten Propositionen nicht eingehen zu können, und schlägt seinerseits vor: entweder Aufrechterhaltung des Kohleinenverkehrs und des Appreturverkehrs, oder Aufscheidung beider und Verlängerung des bestehenden Weisungsvertrages in seinen sonstigen Bestimmungen; auf die Reduktion des Zollcartells geht Österreich-Ungarn ein und verzichtet eventuell auf die vertragsmäßige Zusicherung, daß die deutsche Regierung im Reichstag ein Gesetz bezügsame Befreiung des Eisenbahnbetriebsmaterials von der Verpflichtung erwirken werde.

Die «Presse» fügt hinzu:

Diese Alternativpropositionen scheinen uns sehr ernsten Charakters zu sein, und wir glauben, auch die deutsche Regierung werde aus denselben den Einbruck gewinnen, daß ein weiteres Transigieren nutlos sei. Die österreichischen Vorschläge bedeuten nichts weniger als einen Gewinn für die Monarchie, sie entsprechen nur den einfachsten Anforderungen von Billigkeit. Ob es nicht möglich gewesen wäre, durch raschere Initiative bei der deutschen Regierung mehr zu erzielen, sei nicht weiter untersucht; wir glauben, unsere Regierungen sind hier nicht von jedem Vorwurf freizusprechen. Im gegenwärtigen Augenblicke aber würde sich ein österreichischer Handelsminister einfach unmöglich machen, wenn er die Böllnachten, die ihm sobald das Parlament mit ganz unzweifeliger Intention ertheilt hat, nicht mit der nötigen Entschiedenheit erfüllen würde. Seine Stellung wird je ohnehin dadurch erleichtert, daß Ungarn gerade diesmal kein divergierendes Interesse vertritt; in Budapest weiß man, daß für die Befreiung oder wesentliche Ermäßigung der deutschen Zölle auf landwirtschaftliche Produkte keine Hoffnung vorhanden ist, und damit entfällt der Grund für eine überchwiegliche Vertragsfreundlichkeit auf Seiten Ungarns. Es ist aber von der höchsten Wichtigkeit, daß wir gerade in dem Provisorium keine unlängige Nachgiebigkeit gegen Deutschland üben. Man sagt, die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses sei notwendig, um die Verhandlungen über den definitiven Zollvertrag zu erleichtern. Wir aber glauben, daß ein allzu bequemes Provisorium die Schanfacht Deutschlands, einem definitiven Vertrage Opfer zu bringen, nicht steigern wird; auch sehen wir nicht ein, warum Österreich dem Provisorium zu viele Concessions machen soll, welche für die Verhandlungen über das Definitivum von höchstem Werthe sein werden. Man täusche sich doch nicht absichtlich über die Tragweite dieses provisorischen Vertrages. Ohne Robes und mit Appreturverkehr bedeutet er eine Begünstigung Deutschlands, ohne beide ist er nicht viel mehr als ein Nahmen ohne Bild, als eine Formel, durch welche der handelspolitische Friede constatirt werden soll. In Wirklichkeit wäre der Friede auch ohne provisorischen Vertrag nicht gefährdet; wir würden Deutschland auch dann auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation behandeln, Deutschland aber hätte ebendeshalb weder einen Anlaß noch die Möglichkeit, seine Kampfzölle gegen uns zu scheren.

Die «Presse» vertritt bekanntlich einen schwarz-rot-grünen Standpunkt, während die Neue Freie Presse freihändlerisch ist.

Zu der Angelegenheit des Professors Lorenz v. Stein schreibt die Neue Freie Presse aus Wien: „Auch in den Kreisen der Avocaten, und besonders jener, welche ehemalige Schüler des Professors v. Stein sind, macht sich eine Agitation zu dessen Gunsten geltend. Es liegen bereits zwei Adressen auf, welche die Sympathien dieser Kreise Professor v. Stein ausdrücken sollen.“ Es ist hieraus nicht recht ersichtlich, was diese Adressen bezweden.

Spanien.

Der «Post» berichtet man aus Paris vom 18. Dec.: „Der Temps meldet in einem Privattelegramm aus Madrid, daß Canovas sich geweigert habe, eine beabsichtigte Serenade zu Ehren des französischen Botschafters, als Ausdruck der Dankbarkeit für die Sammlungen für Murcia, zu gestatten, weil der augenblickliche Zustand der Gemüther in Madrid jene Manifestation leicht in republikanische Demonstrationen ausarten lassen könnte, und deshalb sei die Teilnahme der Militärmusikcorps und irgendwelchen offiziellen Elementen unmöglich. Der Temps berichtet, daß Canovas' Verweigerung großes Aufsehen erregt.“

Frankreich.

* Paris, 17. Dec. Die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer liefert das Thema zur heutigen Polemik. Das Journal des Débats schreibt bei dieser Veranlassung: „Wie man sieht, sind wir schon sehr weit von der Zeit, wo die plötzlich wieder angeregte Frage der Amnestie der militärischen Presse wieder Stoff lieferte und die Volksversammlung zu sprengen drohte. Wie die Blätter von der Rechten behaupteten, sollte diese Frage die furchtbaren Stürme gleich nach dem Recht herbeiführen, die gesiedelten Gruppen der Linken zur offenen Feinde bringen, der Regierung unüberwindliche Schwierigkeiten schaffen und im Lande Besorgnis und Zwieträcht anstellen. All dieser Lärm hat sich allmählich gelegt, und die Fackel der Zwieträcht ist von selbst erloschen, wie sehr auch die Monarchisten sich bemühten, dieselbe anzuschüren, und weder Clemenceau noch Léon Say waren im Stande, sie frisch anzuzünden, vorausgesetzt selbst, daß sie Lust dazu gehabt hätten.“

Der Temps glaubt, man könne jetzt behaupten, das Ministerium habe der Frage der Amnestie eine Ende gemacht. Die äußerste Linke verschafft ihre letzten Patronen und die sehr große Mehrheit der Kammer gab ihr unrecht. Der Siegelbewahrer führte die Sprache eines Regierungsmannes und man kann nur bedauern, daß der Tag, an welchem er sich so fest zeigte, der Vorabend seines Rückzuges ist. Er zeigte energisch, daß es eine Thoheit wäre, denjenigen zu verzeihen, die nicht begnadigt werden wollen, und dieser ganze Theil seiner Beweisführung ist untafelhaft. Vielleicht war er aber weniger inspiriert, als er dem noch hinzusieht, die volkstümliche Amnestie würde das ganze Land in einen wildlichen Schrecken versetzen. Wer zu viel beweisen will, beweist nichts. Das Cabinet, sagt der Temps, hat jetzt ganz freie Action. Die Kammer erneuerte ihm die Vollmacht, die es schon durch Bevollmächtigung der theilweisen Amnestie gab. Es wird von seinem Bevollmächtigten Gebrauch machen und wir wünschen, daß dieses Recht auf ausgedehnte Weise ausgetüftzt werde.

— Ueber die jüngste ministerielle Krisis gehen der National-Zeitung aus Paris vom 18. und 19. Dec. Mittheilungen zu. Unterm 18. Dec. wird ihr berichtet: „So unwahrscheinlich es auch klingt, wird doch ernsthaft versichert, daß dem Minister des Auswärtigen Waddington der Deputierte Spuller als Unterstaatssekretär aufgedrängt werden soll, obgleich derselbe noch vorgestern mit der äußersten Linken gestimmt hat. Waddington soll sich übrigens, wie früher bereits entschieden weigern, überhaupt ein Unterstaatssekretariat in seinem Kabinett zu schaffen. Dem Präsidenten des Ausschusses betreffend die Reform der Magistratur, der gestern beim Conseilpräsidenten war, um im Auftrage der Commission Auflklärung über die Stellung des Cabinets zur Beamtenfrage zu erhalten, antwortete Waddington, das Cabinet sei im Begriff zurückzutreten und werde gleich nach seiner Neubildung seine Meinung kundgeben.“

Vom 19. Dec. wird ihr ferner gemeldet: „In parlamentarischen Kreisen ist die Nachricht verbreitet, daß die Reconstituirung des Cabinets auf große Schwierigkeiten stoße. Freycinet wolle die Union républicaine im Cabinet vertreten wissen und namentlich Brissac das Justizministerium antragen, dann wäre aber der Austritt Waddington's und Léon Say's sicher. Das Journal des Débats bringt eine offiziöse Note, in welcher gewarnt wird, den circulierenden Gerüchten Glauben zu schenken. Freycinet werde jenseits ein der gouvernementalen und republikanischen Majorität entsprechendes Cabinet bilden.“

— Aus Paris vom 18. Dec. meldet man der Kölnischen Zeitung: „Im Ministerrathe, der diesen Morgen gehalten worden, wurde beschlossen, alle schwedenden Fragen bis zur Neugestaltung des Cabinets auf sich beruhen zu lassen. Daß Waddington Minister des Auswärtigen bleibt, wird heute als sicher bezeichnet.“

Belgien.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer äußert sich der Kriegsminister Delagrange sehr besorgt über die allgemeine Lage: „Die europäische Lage sei geheimnißvoll drohend; Belgien müsse sich in den Stand setzen, bei der Eventualität eines neuen Deutsch-Französischen Krieges seine Unabhängigkeit zu vertheidigen.“

Leipziger Börse.

20. Dec.

Wachsol

WOCHEBIL.			
Amsterdam pr. 100 Cr. fl.	{	K. S. p. 8 T.	168,30 G
Brisssel und Antwerpen pr. 100 Fras.		I. S. p. 3 M.	157,15 G
London pr. 1 L. Sterl.	{	K. S. p. 8 T.	50,45 G
		I. S. p. 3 M.	79,98 G
	{	K. S. p. 8 T.	20,26 G
Paris pr. 100 France	{	I. S. p. 3 M.	20,34 G
		K. S. p. 8 T.	50,35 G
	{	I. S. p. 3 M.	50,13 G
Reichsburg p. 100 Silb. Rubel . . .	{	K. S. p. 21 T.	—
Warschau p. 100 Silb. Rubel . . .	{	I. S. p. 3 M.	—
Wien pr. 100 fl. in Oester. Währ. .	{	K. S. p. 8 T.	—
		K. S. p. 8 T.	173 G
	{	I. S. p. 3 M.	171,50 G

Deutsche Fonds.

DEUTSCHE FÜHRER.					
Deutsch	H.-Anl. 1577 v. 1000-3000	K	4	1/4	1/10
do.	do.	v.	1000	M	4
do.	do.	v.	500-300	M	4
E. S. Rentenbank v. 1578 v. 1000-3000	K	3	1/1,	1/7	75,35 G
do.	do.	do.	do.	3	1/4, 1/10
do.	do.	v.	1000	M	3
do.	do.	do.	do.	3	1/3, 1/7
do.	do.	v.	500	M	3
do.	do.	do.	do.	3	1/4, 1/10
do.	do.	v.	300	M	3
do.	do.	do.	do.	3	1/4, 1/10
do.	do.	v.	300	M	3
do.	do.	do.	do.	3	1/4, 1/10
E. S. St.-Anl. v. 1830 v. 1000 u. 500	-	3	1/4,	1/10	97,35 G
do.	-	1500-300-25	-	3	do.
do.	-	1855-100	-	3	do.
do.	-	1847-500	-	4	do.
do.	-	1853-65	v. 500	-	4
do.	-	1853	-	4	1/1, 1/7
do.	-	1853-65	-	4	do.
do.	-	1853-65	-	4	do.
do.	-	1849	v. 100	-	4
do.	-	-	50 u. 25	-	4
do.	-	1870	-	4	do.
do.	-	1867	-	4	do.
do.	-	1867	-	4	do.
do.	v. 1867 abg. abo.	50	o. Z. I.	4	100,25 B
do.	v. 1867 abg. abo.	50	o. Z. II.	4	100,35 M
do.	Löb.-Ettau	Leit.	A. & 150	50	90,10 G
do.	do.	-	B. & 25	4	95,50 G
do.	Actd. d. E. S.-Schl.-R.	v. 100	-	4	105,50 G
do.	Abb.-Pr. I. u. II.	N. & 100	75	4	101,75 B
		VII.	v. 100	75	4
					101,75 B

do.	do.	III. B. 8.100 v			89,75 G
g. S. Landrentenbr. v.	1000 u. 500 v	31 ^{1/2}	do.		91 B
do.	-	100-12 ^{1/2} v	31 ^{1/2}	do.	94,25 G
do.	I.-Gult.-Rentsch. B. I.	500 v	4	1/1, 1/7	99,25 G
do.	do.	- II. u. 100 ^{1/2} v	4	do.	85,50 G
GebL.Bitter.Cr.-V.Pfdbr. & 100 v	v	31 ^{1/2}	do.		85,15 G
do.	do.	v. 100-25 v	31 ^{1/2}	do.	90,25 B
do.	do.	- 500 v	31 ^{1/2}	do.	90 G
do.	do.	100-25 v	31 ^{1/2}	do.	97,15 ba
do.	do.	- 2000-500 u.	4	do.	98,75 G
do.	do.	- 100-25 v.u.100 M	4	do.	97 G
Lwd.Cr.-V.-Pfdbr.verib.1866500u.100-v	v	do.			97,25 G
do.	v.	1867 v. 500-25 v	4	do.	99 G
dd.	kundbare	500-25 v	4	1/4, 1/10	102,25 ba
Vrl.Cdbr.4.Bk.A.L.C.-V.I.B.500-25 v	4	3	1/1, 1/7	81 G	
Lensitzer Pfdbr. v.	100-10 v	31 ^{1/2}	do.		87 G
do.	- 1000-50 v	31 ^{1/2}	do.		90,50 G
do.	kdb. 6Mon.v.	1000-50 v	31 ^{1/2}	do.	98,50 G
do.	v. 1000-100 v	31 ^{1/2}	do.		98,50 G
do.	verslosh.v. 1000-100 v	31 ^{1/2}	do.		98,50 G
do.	kdb. 12M.v.	1000-100 v	4	do.	99,50 G
do.	do.	1850-500 u. 100 v	4	do.	100,50 G
Pfandbr. d. A. D. Cr.-A. v. 1000-300 v	4	31 ^{1/2}	do.		101,25 ba
do.	do.	v. 100 v	31 ^{1/2}	do.	103,50 ba
a.) Comm. Bk.f.d.E.K.B. 500 u.	v	4	do.		98,50 G

A.I.8.Comb.	do.	v. 1000-300	M. 4½	do.	101,50 G
	do.	v. 100	M. 5	do.	104,25 G
Sgt.d. Fr. Ctr. B. Cr. A.-G.v.1000-50		110-5 rücke, 4½		do.	103,50 G
	do.	110-5 rücke, 5		do.	110 G
	do.	100-5 rücke, 5		do.	104,25 G
Hg.A.Sch.B.Ndd.G.-Cr. B.v.1000-50-5		110-5 rücke, 4½	1/4, 1/10		—
Fr. d.Pr.Hyp.Act.-Bk. v.100-5 rücke, 4½		110-5 rücke, 5	1/1, 1/7		100 G
	do.	110-5 rücke, 5		do.	103 G
	do.	100-5 rücke, 5		Div.	—
Prd. d.Sudd.Bod.-Cr. B.v.1000-100-5	III. Serie 5		1/5, 1/11		104 G

do.	do.	IV. u. V. S. 4 ^{1/2}	Div.	101,40 G
Gehldech. d. Manns. Gewach.v. 300 - 4 ^{1/2}	do.	1/1, 1/7		101,25 ba
do. v. 5000 - 500 M.	- 4 ^{1/2}	30/6	31/12	101,25 G
do. v. 1000 - 200 -	- 5			101,50 B
do. K.1575 v. 5000-500 M.	3			101,25 G
Erlps. Hyp.-Bk.-Sch. v. 500 - 50 -	4	1/4,	1/10	83,25 G
do. do. - 500 - 50 -	4 ^{1/2}	do.		96,50 G
do. do. - 500-50 - rückb. 4 ^{1/2}		do.		96,50 G
do. Stadt-Obligat. - 100 u. 50 -	3	1/1,	1/7	84,50 G
do. do. - 500 - 50 -	4	do.		99,50 G
do. do. v. 1568 - 500 - 100 M.	4 ^{1/2}	do.		101,40 G
do. do. v. 1575 - 5000 - 100 M.	4 ^{1/2}	do.		101,25 ba
Dresden do. - 2000 - 500 M.	4 ^{1/2}	1/4,	1/10	101,75 G
do. do. - 500 - 50 -	5	1/1,	1/7	104,30 B
Chemnitzer do. - 1500 - 300 M.	4 ^{1/2}	do.		101,50 B
do. do. - 1000 - 50 -	5	do.		101,50 G
Kasseler Stadt-A. v. 1579 3000 - 300 M	4	1/2,	1/8	91,75 B
H. Preuss. St. Schuldensch. v. 1000 - 25 -	3 ^{1/2}	1/1,	1/7	93 G
do. do. conn. - 5000-500 M.	4 ^{1/2}	do.		97,50 G
do. do. do. - 1000-50 -	4 ^{1/2}	1/4,	1/10	104 G
Hamburg. Staats-Bente 3000 - 500 -	3 ^{1/2}	1/2,	1/8	83,25 G
Gr. Mem. Bad.-Prüm.-Anl. & 100 -	4	1/2,	1/8	131,20 G
H. Bairische do. - 100 -	4	1/6		133,60 G
K. H. St.-Hiscan.-Anl.v. 10000 - 200 M	4			97,50 ba
Fr.-Anl. d. Köln.-Mind. H.-G. 100 -	3 ^{1/2}	1/4,	1/10	121,40 G
Fr.-Pfif. d.D.G.-Cr.-Bk. I. S. & 100 -	5	1/1,	1/7	116,50 B
do. " do. II. - 100 -	5	do.		112,50 G
do. III.S.v.1000-100 - & 110 rückb.	5	do.		103,50 G
do. III. B. 3000-500 - & 110% -	5	do.		103,50 G
do. v.1000 - 100 - & 110 % rückb. 4 ^{1/2}		do.		99 H
Fr.-Pfif. d.D. Hyp.-Bk. Meinf. & 100 -	4	1/3		117,35 G
				91/2

Braunschw. 90-Thlr.-Loose	-	-	110
Bank-Disconto.			
Amsterdam 3 %	Brüssel 3½ %	London 3 %	
Paris 3 %	Petersburg 6 %	Kreisbank 4 %	
	Wien 4 %		
Sorten.			
Vollwicht. Preuss. Friedrichsdor.	pr. Stück	16,40 G	
K. Russ. wicht. ½ Imperials à 5 Rubel	do.	16,67 G	
20 Francs-Stücke	do.	15,11 G	
de. de. . . .	per 500 Gramm	-	
Kaiserliche Ducaten	pr. Stück	9,60 G	
Gold pr. Zolpfund fein			
Zerschnittene Ducaten pr. 500 Gramm brutto			
Büller pr. Zolpfund fein			
Oesterreichische Silbergulden	pr. 100 fl. Oest. W.	-	
do. ¼ Gulden	do. do.	-	
do. Silbercoup. v. Staatsanzl.	do. do.	173 G	
do. de. v. und Amtl. etc.	do. do.	173 G	
do. Bank- und Staatennoten	do. do.	173,50 G	
Russische Banknoten	pr. 100 Ro.	210,65 G	
Eisenb.-Stamm-Akt. % Dir. 75 Zins-Term.			
Altenburg-Zeile à 100 fl.	4 54½ 1/1		100,15 G

u. Friedrichsdor.
Imperials & S

A. Ausl. Wmft. 1/2 Imperiale à 100 Stk.			
20 Francs-Stücke	do.		15,11 G
de. do.	per 500 Gramm		—
Kaiserliche Ducaten	pr. Stück		9,60 G
Gold pr. Tafelpfund fein			—
Zerschmiertes Ducaten pr. 500 Gramm brutto			—
Müller pr. Tafelpfund fein			—
Österreichische Silbergulden . . . pr. 100 fl. Ost. W.			—
do. 1/4 Gulden	do.	do.	—
do. Silbercoup. v. Staatsanzl.	do.	do.	173 G
do. de. v. and. Anl. etc.	do.	do.	173 G
do. Bank- und Staatennoten	do.	do.	173,50 G
Russische Banknoten	pr. 100 Ro.		310,65 G

	Stz. 75	Max-Turm.	
Berlin-Görlitzer 100- φ	4	1/1	17 G
Berl.-Potsdam-Magdeburg 100- φ	4	do.	95,50 G
Berlin-Stettin v. 100 u. 100- φ	4	1/1, 1/1	113,40 G
Schlesische Nordbahn 41500-B	4	1/1	43 ha
Bresl.-Schweidn.-Freib. 42000- φ	4	do.	93,35 G
Bunzlauerbrad. List. A. & 52500-B	4	do.	43 ha + G
—	—	do.	28,50 ha + G

* In Liquidation befindl.

Industrie-Act. Prioritäten		%		
u. Stamm-Prior.				
Chemn. A.-Spinnerei & 33 1/2 p. St. 4 do. Werks.-Masch.-Fabrik Zimmermann & 100 - 4	3	1/1	1/1	163,50 G
Größl. Papierf. v. Halle & 200 - 4	0	1/7	43 G	
D.W.M.F. Sonderm. & Stierl. 100 - 4	0	do.	55,50 B	
Gohliser Act.-Bierbr. & 100 - 4	0	do.	24,50 G	
do. do. Prior. M. 500, 100 - 4	8	1/10	100 B	
Hohesoff-Papierf. Niederschlesien M. 300 - 4	12 1/2	1/1, 1/10	100 G	
Kett.-Schl.-Sch.-A. d.O.-E. 100 - 4	4 1/2	do.	119,75 G	
Leipz. Baubank & 100 - 4 4	2	do.	56 B	
do. Feuer-Vers.-A. & 1000 - 4 20% Einn. pr. Stück 4	100	1/5	9000 G	
do. Immobil.-Ges. & 100 - 4 4	7 1/2	1/1	121 G	
do. Kammgl.-Sp.-Act. & 100 - 4 4	10	do.	169 G	
do. Malinf. Schkeuditz & 100 - 4 4	—	1/9	123 G	
do. Pferdeh.-A. 102 300, 4 p. St. fr. do. Reudnitz. M.-F. Eisenbg. v.	5	1/1, 1/7	—	
Göti. Bergm. & C. & 100 - 4 Liquefr.	—	1/10	M. 17,50 G	
Leipz. Vereinsbierbr.-A. & 100 - 4 4	—	do.	265 G	
do. do. Pr. I. & 100 - 4 4	5	1/4, 1/10	103 G	
do. do. - II. & 300 - 4 4	5	1/1, 1/7	103,25 G	
Leisan. Mühlen-Act.-Ges. & 100 - 4 4	0	1/1	55 B	
Masch.-Bauanst. Golsmern(vorm. Gottschald & Nötall) & 100 - 4 4	—	1/7	87 B	
Nationalbrauerei(vorm. Jürgens) 4	—	1/10	74 G	
Schänklederindustri.-Ges(vorm. Dan. Beck in Döbeln) & 100 - 4 4	12 1/2	1/1	63,75 B	
See.-Br. Dresden. Waldschl. 300, M. 4 do. Prior. & 300 M. 4	0	1/10	—	
Teutonia, Lebens-V.-B. & 1000 - 4 25% Einn. fr.	16	1/1, 1/7	103,25 G	
Thode'sche Papierfabrik zu Hainsberg & 300 M. 4	—	1/7	—	
do. Part.-Obl. A 300, 1500, M. 4	5	1/1, 1/7	—	
Thür. Gasges. Leipzig & 100 - 4 4	6	1/1	100 G	
do. St.-Prior. & 100 - 4 4	6	1/1	105 G	
Zuckerfabrik Gläusig & 200 - 4 4	22 1/2	1/5	36,50 B	
Ausländische Fonds.		%		
Oesterr. Goldrente v. 10000, 1000, 200 fl. 4		1/4, 1/10	70,40 B	
do. Silberrente v. 10000—1000 fl. 4 1/2		1/1, 1/10	60,75 B	
do. Papierrente - 100—50 - 4 1/2		1/3, 1/8	59,40 G	
Ungar. Goldrente . . . 10000—100 - 5		1/5, 1/11	83,20 G	

Oesterl. Loos v. 1854 & 250 S. C. M.
42 Gr. J. Cases A. 1854, p. 112 (M. & St.)

do.	Cr.-Loose & 100 fl. P. (M. p. St.) fec.		334 G	
do.	L. v. 1850 & 500 fl. P.	5	126,75 G	
do.	L. v. 1864 & 100 fl. P. (M. p. St.) fec.		304 G	
Baab-Grasser	100 yf.-Loose	4	13/4 13/10	
Russ Orient-Anl. I. Em. 1877	5	88 G	
do.	II. Em. 1878	1/6, 1/12	
do.	III. Em. 1879	1/1, 1/7	
Russ. Präm.-Anl. v. 1864 & 100 Rub. P. 5			58,80 B	
do.	1866 & 100 Rub. P. 5		39,25 B	
do.	St.-Anl. 1877 M. 10/50, 20/50, 41/50	5	1/1, 1/7	
Carlsbaden Stadt-Anleihe 1900 M. 5			101,50 hs	
do.	do.	5 300 M. 5	do.	
Fransensbader	do.	5 500 M.	101,30 G	
			30/6, 31/12	101,30 B

	%	Min-Term.	
Teplitzer Stadt-Anleihe & 200 r. ^o .	5	1/1. 1/7	96,50 G
Wiener Commun.-Anl. v. 1000-200 fl.	5	do	105,50 G
Amerik. 6 ^{1/2} % Anl. pr. 1881; 1900, 500, (5		1/7	101,75 G
do	do	do	98,50 G
do	1885; 100, 50 u. (5	25 Doll. G. (5	100,30 G

Jul. Eisenh.-Prior.-981

III. EISCHEN-PRISTY-GEL.	
Altanburg-Zeitz & 100,- pf	41/2
Altona-Kielce v. 500 u. 100,- pf	41/2
Annaberg-Weipert & 100,- pf	5
verücktgezahlt M. 234 per Stück	
Berlin-Anhalt v. 500 u. 100,- pf	4
do. Lit. A. v. 500 u. 100,- pf	41/2
do. - B. - 500 u. 100,- pf	41/2
do. C. - 5000-500,- pf	41/2
(Oberlausitz) 1500-300,- pf	41/2
Berlin-Hamburger v. 1000-100,- pf	5
Berl.-Potsdam-Magdeburg 1000-100,- pf	41/2
Bresl.-Schweidnitz-Freibr. 1548, 500-1004,- pf	41/2
do. Lit. K. 3000, 600,300,- pf	41/2
do. v.1876/1000, 500,300,- pf	41/2
Chebnitz-Wittichenau & 100,- pf	4
Gothaus-Grossenhainer & 100,- pf	5
do. Lit. B 500, 1000,- pf	5
Köln-Mind.S.VILL.B. 1000, 500,100,- pf	41/2
Leips.-Dresd.-Part.-Obl. v. 100 u. 50,- pf	31/2
do. Anl. v. 1854 & 100,- pf	4
do. - - 1860 & 100,- pf	4
do. - - 1866/500u.100,- pf	4
do. v. 500 u. 200,- pf	41/2
Leipzig-Gaschwitz-Menselw. 4300,- pf	41/2
Magdeburg-Lpz.-Pr.-O.d.Mgdb.-Hilbert.	
Hank.-G.L.A.v.3000,1500,1000,500,- pf	41/2
do. - B. do. 4	
Magdeburg-Halberstädter & 100,- pf	41/2
do. II. Em. v.1000-100,- pf	41/2
do. III. - - 1000-100,- pf	41/2
Mains-Ludwigshafen & 300,- pf	41/2
do. - 300,- pf	5
do. v.1875/76v.1000u.500,- pf	41/2
Oberschlesische Lit. D. v. 1000-100,- pf	4
do. - G. - 1000-100,- pf	41/2
do. - H. - 1000-100,- pf	41/2
do. - 1000-100,- pf	4
R. Oderuferb. M. 5000, 1000, 500, 300,- pf	41/2
Rheinische v. 1877 - - 3000-600,- pf	5
Saalbahn Fr. 1000, 500 M. gax. . .	41/2
Schleswig, abg. v. A.-K. v. 1000-100,- pf	41/2
Thüringische I. Em. v. 1000-100,- pf	4
do. II. - - 500-100,- pf	41/2
do. III. - - 500-100,- pf	4
do. IV. - - 500-100,- pf	41/2
do. V. - - 500-100,- pf	41/2
do. VI. - - 3000-300,- pf	41/2
Weimar-Gera 500-50,- pf	41/2
Wurzelbach - - 100,- pf	4
do. - - 50,- pf	4
Zwickau - - 100,- pf	4

1900-1901 . . .

Ausl. Eisenb.-Pries.-Obl.			
Aussig-Teplitzer I. Km. à 100 - 5	1/1, 1/7	102 G	
do. II. - à 100 - 5	do.	101,75 G	
do. Km. v. 1868 à 100 - 5	do.	101,25 baG	
do. - 1871 à 100 - 5	do.	101 G	
do. - 1872 à 100 - 5	do.	101 G	
do. - 1874 à 100 - 5	do.	102,65 G	
Böh. Nordbahn à 200 - 5	1/4, 1/10	77,40 B	
do. Km. v. 1871 à 200 - 5	do.	76,40 G	
Buschtisbrader(B. Nordb.) à 100 - 5	1/4, 1/10	76,40 ba	
do. Km. v. 1871 à 100 - 5	do.	76,50 baG	
do. - 1872 à 100 - 5	do.	75 baG	
Donau-Drau-Partial-Obligat. à 2000. 5	1/1, 1/7	64,20 B	
Dux Bodenbacher v. 300-100 - 5	1/4, 1/10	78,50 G	
do. Km. v. 1871 à 100 - 5	1/2, 1/7	78,50 G Op/4	
do. - 1874 à 100 - 5	do.	88,50 G	
Erlachern Albrechtsbahn à 200 - 5	1/5, 1/11	79,20 G	
Gallia Carl-Ludwigsb. I. Km. à 200 - 5	1/1, 1/7	88ba	
do. II. - à 200 - 5	do.	87,50 G	
do. III. - à 200 - 5	do.	87,50 G	
Gömörer St.-Eisenbahn à 100 - 5	1/2, 1/8	89ba	
Gras-Königscher à 100 - 5	1/1, 1/7	63,90 baG	
do. à 100 - 5	do.	72 G	
do. Km. v. 1872 à 100 - 5	do.	70 G	
Kaiser Ferdinand-Nordbahn à 200 - 5	1/5 u. 1/11	92,75 B	
Kaiser Franz Joseph & 200 fl.	1/4, 1/10	92,70 B	
do. Km. 1873 à 2000. 5	do.	81,50 G	
Kaschau-Oderberger à 200 fl.	1/1, 1/7	70ba	
Kronpr.-Rudolfsb. I. Km. à 200 - 5	1/4, 1/10	76,35 G	
do. Km. v. 1869 à 200 - 5	do.	75 G	
do. III. Km. à 200 - 5	do.	75 B	
Lemberg Czernow. I. - à 200 - 5	1/5, 1/11	72,25 G	
do. II. - à 200 - 5	do.	76,30 G	
do. Jassy & 200 - 5	do.	70,20 G	
do. Km. v. 1873 à 200 - 5	do.	67,10 baG	
Mährische Grenzbahn à 200 fl.	1/2, 1/9	65,50 B	
Mährisch-Schlesische à 200 - 5	1/1, 1/7	96,50 G m.Od	
Oesterl. Franz. Staatsbahn à 200 fl. 5	1/5, 1/11	102,50 Gp f.L	
do. (Brünn-Rossitzer I)	1/1, 1/7	101,50 G	
do. (do. II)	do.	101,50 G	
Oesterl. Nordwestbahn à 200 fl.	1/3, 1/9	55,70 G	
do. do. Ilt. B. & 2000. 5	1/5, 1/11	89 B	
do. do. Gold & 600 M. 5	1/5, 1/12	27,75 G	
do. Sädbahn à 200 fl.	1/1, 1/7	88,30 G	
Ostrau-Friedland à 200 - 5	1/4, 1/10	66,50 G	
Pilsen-Priesen à 100 - 5	1/1, 1/7	42,50 ba	
Frag-Dux à 100 - 5	do.	42 G m.Od	
do. II. Km. à 100 - 5	do.	42 G p.L	
Frag-Turnauer à 100 - 5	do.	76,50 B	
do. Km. v. 1870 à 100 - 5	do.	75 G	
do. - 1872 à 100 - 5	do.	74 B	
do. - 1874 à 100 - 5	do.	93 G	
Kunstische 3000-100	1/4, 1/12	92,75 G	
Sud-Nord-Verbindungs-B. Reich-Fard.) Km. v. 1872 200 - 5	1/4, 1/10	74,25 G	

Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums

Kohlen-Act. u. Prior.				
a) Braunkohlen-Action.				
Friedensgrube Meuselwitz . . .	500	0	0	19 G
Mariengrube bei Meuselwitz . . .	500	0	0	150 B
Prehlitzer Braunk.-Act.-Gesellach.	500	0	0	100 B
Vereinsglück, Meuselwitz . . .	500	0	0	90 G
Zum Fortschritt do. . . .	500	0	0	75 B
Löhrs-Thürz-Braunk.-Verw. . .	600	2	5	114 G Fr.-A. I.
b) Steinkohlen-Actionen.				
Concordia in Niederoelsnitz . . .	300	0	—	150 B Fr.-A. I.
Deutschland	300	0	—	90 B Fr.-A. I.
Erzgeb. Steinkohlen-Action-Verein	300	150	150	2250 G J. 3
Gersdorfer	300	0	—	113 bad G
Gottes Segen Lugau Stamm-Action	300	0	—	450 G
do. Prior.-Action	300	0	—	450 G
Kaisergruben	300	0	—	150 G Fr.-A. I.
Lugau-Niederwürschnitz	300	12	—	225 G
Lugauer Steink.-Verein-Action . .	300	0	—	245 B
Oberhohndorf-Forst	210	30	35	640 G
do. Schader	270	15	15	550 G
Gelenitzer Bergbaugesellschaft .	300	0	0	145 B
do. Fr.-St.-Act. B	150	0	0	125 B
do. do. v. C	300	0	0	225 B
Tettonia bei Gersdorf in Liquid. .	300	—	—	6 G
Zwick. Bürgergewerkschaft . . .	64	75	70	2420 G
do. Brückenberg S. I. . . .	150	0	—	90 B
do. do. II. . . .	90	0	—	54 G
do. do. III. . . .	90	0	—	48 G
do. do. IV. L-Sch.	350 Ma.	0	—	165 B P.-A. I.
do. do. Z.-Sch. & 150 □ R.	75	60	60	1375 G
Zwickau-Oberhohndorf	230	40	30	1390 G

Auf und davon

Theater der Stadt Leipzig

Theater der Stadt Leipzig.
Neues Theater. Sonntag, 21. Dec. Die Königin von Saba. Oper in 4 Acten von Mosenthal. Musik von Karl Goldmark. (343. Meunier)

Altes Theater. Sonntag, 21. Dec. (3 Uhr Nachmittags. Zu ermäßigten Preisen.) Vollstümliche Vorstellung. **Emilia Galotti.** Trauerspiel in 5 Acten von Lessing. — (7 Uhr Abends.) Gastdarstellung von Friedrich Haase, Hofschauspiel-Director und Ehrenmitglied des Königlichen Hoftheaters in Berlin. Ein Feuerwerk aus Schauspielkunst. Ein Feuerwerk aus Schauspielkunst. Ein Feuerwerk aus Schauspielkunst.

